

Sartzei Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Neuauflage halbmöndlich 1 Mark einschließlich Wergelohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich 14 und vier mal, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Sartzei, Halberstadt, Domplatz 23/24. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weller, O. m. b. H., Braunschweig, für Sartzei u. Wergelohn Sartzei, Halberstadt, für den letzten Teil Wergelohn Rindermann, für Sartzei u. Wergelohn Karl Zeiff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Zeile pro Tag für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restausgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Aufgebend ist bei Zahlung Stellenname legte Ruhe. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Nachnahme in der Geschäftsstelle, Domplatz 48 (Sartzei Str. 23/24), Postfach 2000 Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Sartzei) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 66

Dienstag, den 19. März 1929

4. Jahrgang

Entwicklung zum Einheitsstaat.

Braunschweig will seine Selbständigkeit aufgeben.

Braunschweig, 18. März. (Gf.) Die verfehlteste Finanzlage Braunschweigs hat dazu geführt, daß die Frage eines Bezuges auf die Selbständigkeit des Landes in den Vordergrund der politischen Erörterungen gerückt ist.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat die Regierung inzwischen durch einen Antrag im Landtag erlucht, mit Preußen förmlich in Verhandlungen wegen der Übernahme des Landes Braunschweig einzutreten.

Gleichzeitig hat die Fraktion der Mitte (Demokraten, Christlicher und Bauernbund) beschlossen, im Landtag einen Antrag einzubringen, nachdem das braunschweigische Staatsministerium zwecks Bildung eines

Reichslandes Braunschweig mit selbstgelegener Verwaltung sofort in Unterhandlungen mit der Reichsregierung eintreten soll. Weiter beabsichtigt man nach dem Antrag, die Regierung zu beauftragen, dem Landtag gegebenenfalls entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen.

In der Braunschweiger Presse werden die Pläne der einzelnen Parteien mit langen Zitaten begründet, aus denen sich einwandfrei ergibt, daß die bürgerlichen Parteien, die bisher Gegner des Bezuges auf die Selbständigkeit des Landes Braunschweig waren, ihre Äußerungen nun aus dem Bereich der noch ihrer Auffassung unerschütterlich sozialistische Freiheit gestellt haben. Man redet von der „roten Gefahr“ und greift die Politik der sozialistischen Regierung in der letzten Form an. Man erwartet von der Aufhebung der Selbständigkeit schließlich eine Kursänderung zu Gunsten der Reichsparteien.

Den früheren Antrag hat, wie gesagt, die Finanzlage des Landes gegeben. Der Haushalt für 1929 stellt einen Haushaltsüberschuss von mehreren Millionen Mark auf. Eine Deckung beabsichtigt die Regierung zum Teil durch Kürzung der Ueberweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände. Außerdem hat eine 10 Millionen-Kredite aufgenommen werden müssen. Die Folge war, daß man in bürgerlichen Kreisen ganz wie im Reich von sozialistischer „Mißwirtschaft“ redet und den Bankrott des Landes Braunschweig voraussetzt. Wichtig ist, daß Braunschweig nicht über genügend Mittel verfügt. Es besitzt aber in Form von großen Forsten, Domänen, Salinen usw. Werte in Höhe von annähernd 800 Millionen Mark.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat zu den Anträgen der bürgerlichen Parteien noch nicht Stellung nehmen können. Voraussetzungen dürfte sie den Antrag der deutschnationalen Fraktion, Braunschweig in Preußen aufzugeben zu lassen, ablehnen. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sie dem Antrag der Frei-

len der Mitte auf Umwandlung in ein Reichsland zustimmen wird. Da aber im Landtag die 24 Sozialdemokraten, 24 bürgerliche und kommunalistische Abgeordnete gegenüberstehen, ist über das Schicksal der Äußerung im Landtag im Einzelnen mit Sicherheit nichts vorzusagen.

Auch Hessen sucht einen Ausweg.

Ueber die wirtschaftlich und finanziell besonders heimgelohnte Neugestaltung der wirtschaftlichen Gemengelage im Rhein-Main-Bezirk wird seit einiger Zeit sehr ernsthaft nicht nur diskutiert, sondern auch verhandelt. Der hessische Innenminister Kaufmann hat in der „Frankf. Ztg.“ vorgeschlagen, ein rheinmainisches Reichsland mit Einbeziehung bisher preussischer Bezirke zu schaffen und die Verwaltung teilweise preussisch zu gestalten. Innenminister Grzesinski hat das in der „Frankf. Ztg.“ abgelehnt und dafür einen eigenen politischen Vorstoß gemacht, in dem er folgende Ausführe:

1. Das Land Hessen sollte, statt sich zum Reichsland zu erklären, und sich von Preußen als Verwaltungsvertrag des Reichs verwalten zu lassen, das Verlangen nach Uebernahme der Verwaltung aus eigenem Recht an Preußen stellen. Die Zuständigkeit, insbesondere die Stärkung der Selbstverwaltung in dem gesamten Verwaltungsgebiet, in dem Hessen einen Bezirksverwalter bilden würde und dann im übrigen aus dem Provinzial-Hessen-Rath oder Teilen davon bestehen würde, könnte besonders geordnet werden und brauchte weder an das preussische noch an das hessische Minister gebunden sein.

2. Für bestimmte Selbstverwaltungsaufgaben ebenso wie für die staatliche Verwaltung könnten die Provinzial-Hessen-Rath oder Teile von ihr mit dem hessischen Staatsgebiet zusammengefaßt werden. Das wäre in einem Staatsvertrag zu regeln, der in beiden Ländern mit verfassungsmäßiger Mehrheit angenommen werden müßte.

3. Der gemeinsame Oberpräsident dieses Gebietes könnte im Einvernehmen mit der Vertretung der hessischen Bevölkerung, z. B. einen Landesauschuss, ernannt werden.

4. Preußen würde sich verpflichten, in den Gebieten der Provinz Hessen-Rath, die mit dem Lande Hessen zu einheitlicher Verwaltung zusammengefaßt werden, auch eine einheitliche 3-Klassen-Abgabenverteilung und Behördeneinrichtung durchzuführen.

5. Preußen würde sich bereit erklären, dementsprechend auch die Selbstverwaltung dieses Gebietes zu übertragen, die in den übrigen Provinzen nicht Angelegenheiten der Selbstverwaltung sind.

Das Spiel der Zahlen.

Näherung der Sachverständigen in Paris?

Paris, 18. März. (Gf.) Es wird hier allgemein erwartet, daß die Sachverständigenkonferenz nach in dieser Woche die Entscheidung über die Festsetzung der deutschen Reparationszahl treffen soll. Der englische Schatzkanzler Churchill, der am Sonntag in Paris weilte, hatte mit den englischen Sachverständigen über das Reparationsproblem eine längere Unterredung.

Paris gibt heute in der Gasse des Paris eine sehr interessante Uebersicht über den Stand des Zahlenspiels in der Sachverständigenkonferenz. Man muß davon ausgehen, erklärt er, daß die alliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten insgesamt 23 Milliarden ausmachten. Bei einer Verzinsung von 5 Proz. erhalte man schon eine Annuität von 1,3 Milliarden, die zusammen mit dem Zinseszins für die Dawesausgabe auf etwa

1,4 Milliarden

ansteigt. Das sei aber gerade die Summe, die der Reichsbankpräsident Dr. Scholz bisher als Höchstbetrag der deutschen Leistungen angeboten habe. Davon könnten knapp die Amerikaner, nicht aber die übrigen alliierten Deutschen für ihre Ausgaben zahlen bezahl werden.

Die Hauptbemühungen der Konferenz gehen nun vorläufig nach Darstellung von Berlin dahin, die Wiederaufbauforderungen der übrigen Gläubiger unter einen Hut zu bringen. Frankreich dessen Wiederaufbaukosten lag auf 120 Milliarden Franken betragen, habe von Anfang an nur 60 Milliarden Franken angemeldet. Man habe diese Forderung mittlerweile auf 50 Milliarden herabgesetzt und nun bemühen sich die Sachverständigen, eine neue Verminderung sogar auf 40 Milliarden Franken durchzubringen.

Frankreich werde also insgesamt 8 Milliarden Mark erhalten. Die Forderungen der übrigen Gläubiger belaufen sich zusammen auf 93 Milliarden Mark. Über diese Forderungen müßten um mindestens 2-3 Milliarden Mark gekürzt werden, damit eine Einigung überhaupt möglich sei.

Ein Demonteur der deutschen Delegation.

Berlin, 18. März. (Schm.) Wie der „Montag“ aus Paris meldet, wird der von der französischen Presse veröffentlichte angebliche Zahlungsplan, über den bereits in allen wesentlichen Punkten eine Verständigung zustande gekommen sein soll, von französischer Seite als eine gewissermaßen Erfindung bezeichnet.

Osterferien.

Paris, 18. März. (Schm.) Der „Lemps“ hält es für wahrscheinlich, daß die Sachverständigen ihre Arbeiten am Donnerstag, den 28. ds. Mts. bis Montag, den 8. April unterbrechen.

Volksparteiliche Sparpolitik.

Dr. Scholz in Magdeburg.

Die Deutsche Volkspartei veranlaßte am gestrigen Sonntag in Magdeburg einen Vertreter, auf dem Dr. Scholz, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, einen Vortrag hielt über das Thema „Wege und Ziele der deutschen Reichspartei“. Er las hier, in seinen Reden natürlich mit Erfolg, die Forderung der Volkspartei zu rechtziffern. Das Reich, was er sagte, sind „das Kommen“. Das Reich, was er auf die Koalitionsfrage ein und führte dabei aus, daß die Verhältnisse in Deutschland dazu zwingen, die Arbeiterklasse und deren Partei nicht in dauernder Opposition zu halten. Deshalb müßte es Aufgabe der Volkspartei sein, die deutsche Arbeiterklasse zu vernünftiger nationaler Mitarbeit im Staat zu erziehen.

Wie diese Erziehungsarbeit aussehen soll, verriet er allerdings nicht. Dafür predigte er die alte Binsenweisheit, daß Sparsamkeit eintreten müsse. Bisher hat sich die Volkspartei gehütet, zu sagen, wie denn gespart werden solle. Damit ist die Sozialdemokratie freilich mit der Volkspartei einig, daß die Kosten gegenwärtig schon immer genug sind. Wenn Herr Scholz also die Ansicht hat, daß das deutsche Volk von weiteren Steuerbelastungen zu befreien ist, findet er die Sozialdemokratie immer dazu bereit, am Kongressschluß, an den Pensionen der Generale und Schwerverdiener zu sparen.

Dieses Sparen meint aber Herr Scholz offenbar nicht, denn davon erwähnt er in seinem gestrigen Vortrag nicht ein Wort. Nach dem Berichte der „Telegraphen-Union“ meint er aber: eine Sparpolitik sei nur möglich bei einer Reform der Steuere, auch in sozialistischer Hinsicht.

Also das ist das Bilde Kern: Abbau der sozialen Gesetzgebung, Verminderung der Renten, Sparpolitik auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen. Für solche Sparpolitik bedanken wir uns freilich. Wenn Herr Scholz keine anderen Sparvor schläge machen kann, als diese, dann ist die Sozialdemokratie schon eher bereit, eine Erhöhung der Besteuerungen und eine Verteuerung des Lebens in Kauf zu nehmen, um den Wahn der Sozialpolitik zu verhindern.

Deutsche Waffenschlebung?

Amsterdam, 16. März. (Gf. Draht.) In Nord des Dampfers „Dubuffet“ der holländischen Marine wurden auf der Fahrt von Surabaya nach Singapur - noch einer Meldung aus Surabaya am Sonntag - 135 Gewehre und 20.000 Patronen deutscher Herkunft festgestellt.

• Klarheit tut Not.

Von Paul Herb.

Der Reichstag hat am Freitag die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1929 beendet. Der Haushaltsplan ist dem Haushaltsausschuß, die Beratungsvorgänge sind dem Steuerauschuß zur weiteren Beratung überwiesen worden. Dort wird in der Woche nach Ostern der Kampf im kleineren Kreise, aber mit derselben Sachlichkeit und noch größerer Gründlichkeit fortgeführt werden. Schon vorher muß jedoch eine Klärung herbeigeführt werden, auf welchem Wege eine Mehrheit von Parteien das Ziel zu erreichen gedenkt, das der Reichstagspräsident als Bedingung der jetzigen Regierung aufgestellt hat: den ausgeglichene Etat. Zwei Probleme hängen also der Klärung, die miteinander zusammenhängen. Welchen Inhalt soll der neue Haushalt bekommen und welche Mehrheit ist bereit, ihn zu verabschieden.

Die zweitägige Debatte hat zweifellos, wenn sie auch noch keine vollständige Klärung der Lage herbeigeführt hat, gewisse Möglichkeiten für ihre Lösung gezeigt und nicht, wie teilweise erwartet, zu einer Verhärterung der Kräfte beigetragen. Alle Parteien, mit Ausnahme der deutschnationalen und der Kommunisten, die alles ablehnen, haben sich ihre endgültige Stellungnahme zu den Vorschlägen der Reichsregierung vorbehalten und nur die Richtung angegeben, in der sie eine Lösung erstreben. Nur in einem besteht eine für ihre weitgehende Uebereinstimmung. In der Absicht nämlich, Erparnisse vorzunehmen und den Versuch zu machen, dadurch die Höhe des neuen Steuerbedarfs herabzubringen.

Selbstverständlich gehen die Parteien dabei zum Teil von ganz verschiedenen Absichten aus. Die Sozialdemokratie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie herbeigeführte am Sozialismus unter keinen Umständen mitmachen werde. Diefelbe Erklärung liegt dem Zentrum vor. Auch die Demokraten haben, abgesehen nicht ebenso deutlich, starke Bedenken gegen Uebereinstimmung in der sozialpolitischen Ausgaben geäußert. Da diese drei Parteien allein fast über die Hälfte des Reichstags verfügen, so ist damit die Hoffnung gerechtfertigt, daß der große Ansturm des Unternehmers, die Ausgleichung des Reichshaushalts unter Operation der sozialpolitischen Leistungen des Reiches zu erreichen, abgeschlossen werden kann. Und zwar trotz der Unterfertigung, die die Deutsche Volkspartei mit ihren ultimativen Forderungen diesem Ansturm entgegen hat.

Ein zweites wichtiges Ergebnis der Debatte ist die Bereitwilligkeit einiger bürgerlicher Parteien, an den mittelfristigen Ausgaben Erparnisse vorzunehmen. Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, daß bisher die dauernde Steigerung der mittelfristigen Ausgaben von unvorstellbar angesehen wurde. Vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 sind beinahe die mittelfristigen Ausgaben ununterbrochen gestiegen und zwar von 457 Millionen im Jahre 1927 auf 728 Millionen im Jahre 1928. Nach dem Vorschlage der Reichsregierung und des Reichsausschusses soll im neuen Haushalt zum ersten Male eine Senkung von 30 Millionen eintreten, die die Sozialdemokratie als nicht genügend ansieht. Demokraten und Zentrum haben ebenfalls darüber hinausgehende Absichten verlangt. Und es anzunehmen ist, daß auch die bürgerliche Volkspartei denselben Weg gehen will, so besteht die begründete Aussicht, daß der politische Widerstand gegen die Kürzung der Ausgaben für Reichswehr und Marine überwinden werden kann.

Aber auch an anderen Stellen muß gespart werden, wenn die Steuerpläne der Reichsregierung entscheidend verändert werden sollen. Trotz aller Aufforderung hat zwar die Deutsche Volkspartei nicht gesagt, wo und wie sie zu Erparnissen in Höhe von 200 Millionen Mark gelangen will. Aber da sie gleichzeitig ihre eigenen Forderungen nicht mehr als „Bedingungen“, sondern nur als „Ziel“ bezeichnet und den ultimativen Charakter scharf betont, so läßt sich aus das die Möglichkeit zu einem Frontwechsel noch offen. Man weiß ja auch, daß gewichtige Stimmen in der Deutschen Volkspartei längst eingesehen haben, daß die beantragten hohen Kürzungen an den Steueranteilen der Länder und Gemeinden ebenso wenig durchzuführen sind wie die Beherrschung der öffentlichen Unternehmungen. Dann aber sind Steuererhöhungen unvermeidbar, und der Kampf geht nicht mehr um die Frage, ob Steuererhöhungen, sondern vielmehr um die Frage, welche Steuererhöhungen.

Das ist aber auch zugleich der Kernpunkt für die politische Entscheidung, mit welcher Mehrheit der neue Etat verabschiedet werden soll. Diese Frage muß bald geklärt werden. Sie kann nicht am Ende der Etatberatungen stehen, sondern muß ihnen vorgehen. Mit wachsenden Mehrheiten, das hat das außerhalb der Regierung stehende Zentrum deutlich erklärt, läßt sich dieser Etat nicht unter Dach und Fach bringen. Hilfestellung solcher Art will das Zentrum nicht leisten. Man wird ihm diese Ansicht nicht verdrängen können, obwohl es wünschenswert wäre, das das Zentrum, das sich in wichtigen finanz- und steuerpolitischen Fragen in Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie befindet, sich nicht außerhalb der Regierung stehende Partei fühlte. Es darf sich deshalb, wenn die Reichsregierung neuerdings Verhandlungen

über den Etat mit den Regierungsparteien einleitet, nicht absteilen stellen, sondern mitwirken.

Damit ist auch die Entlohnungslösung für die Deutsche Volkspartei gekommen. In der Debatte des Reichstages ist ihr von dem Sprecher des Zentrums der Vorschlag gemacht worden, ihr Bestehen als Agitationspolitik und nicht Finanzpolitik. Es ist in der Tat ein unmöglicher Zustand, daß die Deutsche Volkspartei in einer Hinsicht die Regierung eines Landes regiert, aber gleichzeitig ein Kampfprogramm gegen die Regierung vertritt. Will die Volkspartei in der Regierung mitwirken, so muß sie auf Forderungen verzichten, die unerschwingbar sind und auf die wieder die Regierung noch andere Parteien eingehen gewillt sind. Will sie das aber nicht, so kann sie auch nicht in der Regierung bleiben, sondern muß ihren Weg an der Seite der Herren Weltpartei und Schlangenschwänger gehen. Eine Entscheidung dieser Frage ist dringend nötig. Man muß sie herbeiführen, um eine andere Mehrheitsbildung zu ermöglichen. Die selbstverständlich auch den Inhalt des neuen Etats beeinflussen wird.

Nach der Untündigung des Reichstages Müller wird man annehmen dürfen, daß die Reichsregierung die Initiative zu dieser Sitzung ergreift und sie bald herbeiführt.

Gefährliche Täuschung.

Hilfering denkt nicht daran, die Arbeitslosenversicherung abzubauen.

Die Schärfer gegen die Arbeitslosenversicherung wittern bereits. So betont die „D. A. Z.“ unter der Überschrift „Revision der Arbeitslosenversicherung“ in einer besonderen Notiz, der Reichsfinanzminister Hilfering habe in seiner Eratsrede die beabsichtigte Erklärung abgegeben, daß er den Hilfsplan für die Arbeitslosenversicherung nur in der Erwartung in den Etat eingelegt habe, daß noch in diesem Sommer eine Revision dieses Versicherungszweiges vorgenommen werde.

Somit wird unterrichtet, daß es sich bei dieser „Revision“ höchstens um eine Erhöhung des Beitrages handeln, niemals aber um eine Einengung der Leistungen oder des Personenkreises. Weder die Sozialdemokratische Partei noch die Freien Gewerkschaften haben dazu Bedenken. Die Beitragsfrage ist durch die Finanzlage der Reichsregierung als ein Problem des Reichstages zu erledigen, einzig alle Beamtenkreise ergründlich um 10 Proz. zu kürzen, die mittleren und höheren sogar noch um größere Prozentsätze.

Wenn die Reichsregierung sich einbinden, den Arbeitslosenversicherung abzubauen zu können, so geben sie sich einer gefährlichen Täuschung hin.

Kein Abbau der Beamtengehälter.

Eine falsche Alarmstimmung über Pläne zur Kürzung der Beamtengehälter brachte am Sonnabend ein Berliner Erbsenbündel. Es erzählte seinen Lesern, es hätten dieser Tage 2 Zentrumsblätter dem Reichsanwalt zur Besorgung des Reichstages vorgelegt, ein solches alle Beamtengehälter grundsätzlich um 10 Proz. zu kürzen, die mittleren und höheren sogar noch um größere Prozentsätze.

In dieser Werbung ist, wie uns von maßgebender Stelle ausdrücklich versichert wird, kein wahres Wort.

Der Notetat.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß sich am Sonnabend mit dem Notetat der Regierung. Nach dem vom Ausschuss angenommenen Richtlinien können Ausgaben zusätzlich bis zu einem Fünftel der für das Rechnungsjahr 1928 bewilligten Beträge geleistet werden. Einmalige unauflösbare Maßnahmen, für die Mittel im Rechnungsjahr 1928 nicht bewilligt wurden, sind im Rahmen der im Haushaltsentwurf für 1929 eingezeichneten Notwendigkeit des Ausschusses zulässig.

Ein Substanzverlust.

In Düsseldorf wurde in der Nacht zum Sonnabend das Kreuz zur Erinnerung an die Gefallenen Schlagschiffers von einem Unbekannten zerstört. Ein Polizeibeamter der Polizei: „An dieser Stelle wurde am 21. März ein Schiffsleger von den Bremer gestohlen“ war in der Mitte durchgebohrt und eine Erinnerungstafel umgehoben worden. Die Ermittlungen nach den Tätern waren bis Sonnabend-Abend ohne Erfolg.

Die Arbeiter der ausländischen Landarbeiter.

Die deutschamerikanischen Großarbeiter haben im Reichstag gefordert, daß nicht nur das eigentliche Arbeiterkontingent, sondern auch die Kontingente von 10 000 ausländischen Reichsträgern sofort zur Befähigung in Deutschland freigegeben werde. Das gesamte Kontingent von 100 000 Mann ist jedoch vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats und nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 1. April zu stellen. 60 000 ausländische landwirtschaftliche Arbeitskräfte sind bereits in Deutschland; der Rest von 40 000 sollte erst am 15. April ab zugelassen werden. Eingekauft hat durch den Frost verursachten zeitlichen Zusammenbrüche der landwirtschaftlichen Arbeit ist die frühere Zulassung des Restes des Kontingents durchaus verständlich. Anders steht es mit der Notverordnung. Sie ist, wie schon ihr Name sagt, nur als Hilfe für außerordentliche Fälle gedacht. Aber ihre Verteilung entspricht der Präsident der Reichsanstalt von Fall zu Fall. Die Notverordnung kann allenfalls im Herbst bei der Arbeitslosenverteilung zugelassen werden. Jeht sie zuzulassen, wäre eine Verhöhung der deutschen Arbeitslosen. Es ist absolut nicht einzusehen, warum nicht deutsche Arbeitslose in agrarischen oder halbagrarischen Gebieten bei einem Teil der Feldbestellungsarbeiten, für die keine landwirtschaftlichen Fachkräfte notwendig sind, verwendet werden können. Sie sind zu verwenden und zu bekommen, wenn man sie anständig bezahlt.

Gegenüber letzten Mitteilungen der Presse wird von maßgebender Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Erhöhung des Kontingents im ganzen nicht erfolgt ist.

Der Wahlkampf in Frankreich eröffnet.

Paris, 18. März. (E.F.). Der Führer der Sozialisten, Leon Blum, hat sich am Sonntag in seinem Wahlkreis Nordonne vom ersten Male seinen Wählern vorgestellt. Die Wahlverhandlung fand in reich geschmücktem Rathaus statt. Er nahm u. a. mit Paul Boncour, Auriant, Paul Faure und Comper-Morel, Leon Blum trug mit seinen Ausführungen einen glänzenden Erfolg davon.

Der Präsident von Merito hat die Annahmierung von Kandidaten bei den Kämpfen um Veracuz gefangen genommenen Offiziere der rebellierenden Truppen angeordnet. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Offiziere und Mannschaften der rebellierenden Truppen irreführend worden sind und gegen ihren Willen zur Teilnahme an dem Aufstand verleitet wurden.

Trogki.

Darf er nach Deutschland einreisen?

Es wird uns geschrieben: „Als Reichsvertreter Trogki hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Rosenfeld der Reichsregierung und der preussischen Regierung mitgeteilt, daß Trogki förmlich den Antrag hat, in Deutschland zur Ausreisung zu nehmen, um seine Gesundheit wiederherzustellen, daß er fernsitzend in öffentlichen Versammlungen auftreten will und er nur den Wunsch hat, im Rahmen der deutschen Gesetze eine schriftstellerische Tätigkeit ausüben zu können. Nach Mitteilungen Trogkis hat ihm die russische Regierung neuerdings versichert, daß sie ihrerseits alles getan habe um die deutsche Regierung zur Erteilung der Einreisegenehmigung zu veranlassen. Die deutsche Regierung hat sich dem Antrag nicht eingelassen. Trogki gegen die Einreise Trogkis in Preußen nichts einzuwenden, hat solle man erwarten dürfen, daß Trogki sich bald in einen preussischen Botsort begeben kann.“

Das Reichskabinett hat sich mit dem Einreisegesuch Trogkis bisher noch nicht befaßt.

Die Flamenfrage.

Ein sozialistischer Schlichtungsplan.

Die flämischen und wallonischen sozialistischen Abgeordneten haben untereinander eine Art Sprachverständigen beschlossen. Das von den sozialistischen Abgeordneten dieses und Camille Huysmans verarbeitete Programm verlangt die Befestigung der Doppelsprachigkeit. Vielmehr müßten alle staatlichen Ämter, Unterricht, Verwaltung, Justiz und Herstellen in Flandern die niederländische und in der Wallonie die französische Sprache annehmen. Die beste Art des freien Willens der Bürger liegt in einer Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden, die der Tradition des Landes entsprechen. In jeder Provinz und jeder Gemeinde soll die allgemeine Abstammung darüber entscheiden, welche Sprache als Amtssprache gelten soll. Beide Teile versprechen sich, gegenseitig weder in Wort noch in Schrift die Empfindlichkeit der anderen Sprachengruppe zu verletzen.

Labour in Front.

Die Wahlausichten der Arbeiterpartei.

London, 17. März. (E.F. Drohik). Die in der Londoner Stadt abgehaltene Wahlversammlung, die als durchaus ernst zu nehmender Stimmungsweiser zu betrachten sind, wies in den letzten Tagen eine Mischung (wohl der Konventionen als auch der überlieferten Unterbau) auf, während die Einigung der Wahlausichten der Arbeiterpartei unüberwindlich geblieben ist. Nach dem Stand dieser Wahlen vom Freitag stellt sich das Ergebnis der nächsten Wahlen wie folgt dar: Konventionen 275-278, Arbeiterpartei 255-262, Liberale 76-80. Es ist bemerkenswert, daß die B. F. die eine natürliche Reigung besitzt, die Zusichten der Konventionen in einem ruhigen Licht zu sehen, der Arbeiterpartei einen Optimismus von 100 Stimmen und ihr und den Liberalen zusammenzunehmen eine entscheidende Mehrheit über die Konventionen in Aussicht stellt.

Ein solcher Wohlergehen wäre in England nicht ausgeschlossen, weil es nicht auf die Gesamtzahl der Stimmen ankommt, sondern der Kandidat gewählt ist, der die meisten Stimmen erhält. Stichwahlen gibt es nicht. Bei einem Resultat von 10 000 Stimmen für die Arbeiterpartei, 9999 für die Konventionen und 9998 für die Liberalen gilt der Arbeiterkandidat als gewählt. In solchen Fällen aber heißt es, die Konventionen Partei, dadurch, daß sie weitestgehend ihre Kandidaten zurückziehen, um dadurch den Sieg der Arbeiterpartei zu verhindern.

Stephan Walsh gestorben.

Der Kriegsmilitär der englischen Arbeiterregierung.

London, 17. März. (E.F. Drohik). In Wigan starb am Sonnabend im Alter von 70 Jahren Stephan Walsh, der Abgeordnete der Arbeiterpartei und ehemalige Kriegsmilitär der Regierung Macdonald. Walsh war ursprünglich Bergarbeiter. Vor 21 Jahren wurde er ins Unterhaus gewählt, wo er zu den angesehensten politischen Persönlichkeiten Englands zählte.

Seine Zeit hat er auch nicht nach den Neuwahlen Ende Mai nicht. Für die nächsten Wahlen werden in der kommenden Woche stattfinden und eine sichere Grundlage für die Beurteilung der Wahlausichten bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen bieten.

Schuldige Offiziere gemäßigert.

Das Massenherben in der Besatzungsarmee.

Paris, 18. März. (E.F.). Kriegsmilitär Balkewitz hat drei höhere Offiziere der Besatzungsarmee, deren Verantwortlichkeit an dem Massenherben der Soldaten durch die nach dem Rheinland entsandte Untersuchungskommission festgestellt wurde, nach Paris berufen. Den Regimentenkommandanten von Trier, den Kommandanten des 30. Korps in Mainz und die Kommandanten einer in Düren stationierten Abriegelung. Der Kommandant von Trier wird für die Unterzeichnung einiger Erlasse, „Wassentüße betreffend in einem psychologisch falsch gewählten Augenblick“ verantwortlich gemacht. Der General des 30. Armeekorps ließ anlässlich der Detorierung eines höheren Offiziers die Truppen mehrere Stunden in der düsteren Räte stillstehen. Der Oberst in Düren hat die Soldaten bei 25 Grad Kälte einen Marsch über 80 Kilometer machen lassen.

Kommunistenverhaftungen in Riga.

Riga, 18. März. (E.F.). Der politische Polizei Leitlands ist es gelungen, das gesamte Zentralkomitee der Rigor Kommunisten während einer illegalen Sitzung zu verhaften. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Moskauer Agenten mit falschen Pässen und mehrere Beamte. Die Polizei beschlagnahmte u. a. einen Briefwechsel mit der Moskauer Internationalen sowie Protokolle und Berechnungen, aus denen größere Verbindungen an Rigor zehntausend Mitglieder ersichtlich sind.

Schlufkämpfe in Mexiko.

Mexiko, 18. März. (E.F.). Die Truppen von Calles sind unaufrichtig im Bemühen um Torreon begriffen, während die Truppen des Rebellengenerals Escobar unter dem Druck der Regierungstruppen ihre Stellungen seit Sonnabend räumen und sich nach der amerikanischen Grenze zurückziehen. In dem Bemühen ihrer endgültigen Niederlage haben die Rebellengeneräle inzwischen Millionen von Summen auf amerikanischen Gebiet gesammelt.

Der Präsident von Merito hat die Annahmierung von Kandidaten bei den Kämpfen um Veracuz gefangen genommenen Offiziere der rebellierenden Truppen angeordnet. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Offiziere und Mannschaften der rebellierenden Truppen irreführend worden sind und gegen ihren Willen zur Teilnahme an dem Aufstand verleitet wurden.

Rampfansage an Mussolini.

Paris, 18. März. (E.F.). Der italienische Diktator hat kürzlich die im Ausland wohnenden Sozialisten in einer Rede wissen lassen, daß die gegen sie gerichteten Anwesenheitsgesetze nicht erneuert würden, falls sie die Herrschaft des Faschismus künftig als unüberwindlich betrachten und auf ihre „aburden Schmäuderbeurteilung und ihre antisozialistische Propaganda“ verzichten würden. Hierzu hat die internationalistische Konzentration, die den größten Teil der verbannten Italiener umfaßt, in einer in Paris abgehaltenen Versammlung eine Entschuldigungsangabe gemacht, in der es heißt, daß die verbannten Italiener keine vollzogene Entscheidung kennen und im Rahmen des demokratischen republikanischen und sozialistischen Italiens von Morgen ihren Kampf gegen das faschistische Regime unermüdet überlegen würden.

Revolution in Spanien.

Primo de Rivera in Nöten.

Aus Meldungen von der spanischen Grenze geht hervor, daß die Lage in Spanien erheblich ernster ist als die offiziellen Berichte Primo de Riveras und die zensurierten Berichte aus Madrid zugehen. Die Studentenunruhen haben allmählich den Charakter einer revolutionären Bewegung angenommen, durch die breite Kreise der Bevölkerung zum Widerstand gegen die Diktatur aufgerufen wurden. Massive Unterstützung finden die Studenten nicht nur bei den Offizieren der aufgelösten Militärregimenter, sondern auch bei den Arbeiterverbänden. Die Erhaltung gegen Primo de Rivera ist allgemein und führt immer wieder zu Zusammenkünften, bei denen die Polizei mit blanker Waffe einsteckt. An allen wesentlichen Punkten von Madrid sind starke Polizeikräfte zusammengezogen worden. Aber es ist durchaus nicht sicher, ob es Primo de Rivera gelingen wird, den Aufstand niederzuschlagen, und ob nicht bereits die Lage der Diktatur über Spanien gezögert hat.

Die Madrider Universität geschlossen.

Madrid, 18. März. (E.F.). Die Regierung hat als Antwort auf die Studentendemonstration die spanische Universität geschlossen. Der Direktor, die Dekane und Abteilungsdekanen wurden freigesetzt entlassen. Den Studenten sollen zur Strafe je zwei Semester Studienzeiten mit einer Gehörtsstrafe belegt werden, weil sie ihren erzieherischen Pflichten nicht nachgekommen wären. Es verläutet, daß die Universität vor Oktober 1930 nicht mehr geöffnet werden soll.

Diktatur in China.

Tschiangkaichang als Diktator.

London, 16. März. (E.F. Drohik). Aus Peking wird gemeldet, daß auf dem Ruinungskongress Tschiangkaichang die Erklärung abgegeben, er sei bereit, Diktaturvollmachten anzunehmen. Voraussetzung ist, daß der Parteikongress seine Arbeiten nicht fähig. Es wurde daraufhin beschlossen, Tschiangkaichang die Durchführung der Militärdiktatur zu übertragen und ihm einen Rat von sieben Personen zur Seite zu stellen.

Die Hungersnot.

London, 16. März. (E.F. Drohik). In verschiedenen chinesischen Provinzen hat die Hungersnot schreckliche Dimensionen angenommen. Der Minister für Gesundheitswesen in Peking teilt in einem offiziellen Bericht mit, daß in Jönan 7 1/2 Millionen, in Szechuan 6 1/2 Millionen Menschen Hunger leiden.

Brandstiftung des Stahlhelms rebellieren gegen den Reichsinnenminister, weil er Warnungen an die Beamtenmitglieder des Stahlhelms ausgesprochen hat. „Sie sahen eine Entschließung, in der Erfüllung der Dienstpflichten vertrieben, um überlegen aber für Beibehaltung außerhalb des Dienstes „solle politische Meinungsäußerung“ in Anspruch genommen wird. Gleichzeitig wird in der Erklärung gesagt, daß die Stahlhelmer alle Rechte im Zusammenhang mit der Besetzung der Besatzungsstellen zu verteidigen wissen werden.“ — Diese Art von Beamten scheint mit Warnungen ansonsten zu können. Sie verkehrt nur eine Sprache, die allerdings bisher gegen sie noch nicht geredet wurde.

Opfer der Verhetzung. Sechs durch die Bandendagelation aufgeschickte Bandwirte wurden von 500 umherziehenden Soldaten wegen Widerstands gegen die Einquartierung in Gebirgsregionen in verschiedene Habs verurteilt. Die Angeklagten hatten einen Besatzungsbeamten tödlich angegriffen und Plünderungen durch Gewalt verhindert.

Der Zustand des Marjotts Joch, der bereits seit zwei Monaten aus Bett gestürzt ist, hat sich, wie uns aus Paris gemeldet wird, wiederum verschlechtert. Die Zerfallene eine zunehmende Ermüdung des Marjalls selbst. Eine unmittelbare Lebensgefahr ist jedoch im Augenblick nicht zu befürchten.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes schloß am Sonnabend seine 43. Sitzung. Er tritt am 27. Mai in Genf wieder zusammen.

Der schwedische Reichstag genehmigte den Beitritt Schwedens zum Kelloggpakt.

In der ersten schwedischen Kammer wurde ein Antrag des sozialistischen Bürgermeisters von Stockholm auf vollständige Wahrung abgelehnt.

Abgelehnt. Bei den spanischen Wählern führte auf dem Flugplatz von Getafe ein Militärflugzeug aus großer Höhe brennend ab. Der Pilot wurde als verlorene Leiche aus dem Trümmern hervorgezogen.

Gewerkschaftliches.

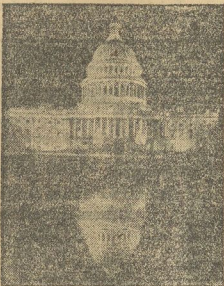
Der Kampf bei den „Salamander“-Schuhfabriken in Kornwestheim bei Stuttgart, an dem 4500 Arbeiter beteiligt waren, ist für die Arbeiterpartei erfolgreich beendet. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Aufgeboten wurden nicht stattfinden. Der Kampf ist von der Arbeiterpartei, die zu 100 Prozent im Zentralverband der Schuhmacher organisiert ist, in jeder Hinsicht unterstützt geführt worden.

In der bergisch-märkischen Metallindustrie sind für Ende März sämtliche Lohnabkommen gestrichelt worden. Die Arbeiter fordern eine 10prozentige Lohnerhöhung. Außerdem wird eine Erhöhung der Altersrenten, Aufhebung der Altersgrenze sowie der Altersrente verlangt. Angeplant werden 76 000 Arbeiter von der Lohnbewegung betroffen.

Die konservativste Staatsverfassung.

Die Herrschaft der Toten über die Lebenden in Amerika.

Amerika ist wirklich in seinem Staatsgefüge das Land allerhöchster Mäßigkeit, denn seit dem Welt hat solche Schwierigkeiten in seiner Verfassung, diese Verfassung selbst zu ändern, auch wenn die ungenügenden politischen und wirtschaftlichen Gründe dafür sprechen, auch wenn die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung eine solche Verfassungsänderung verlangt, auch wenn die meiste Hälfte der 48 Bundesstaaten eine solche Verfassungsänderung mit Recht als eine Eristenfrage zu bezeichnen in der Lage sind.



Das illustrierte Parlamentsgebäude in Washington, das Kapitol, das sich im Wasser widerspiegelt.

Man stelle sich bloß einmal vor, was das für die größte Wirtschaftsmacht der Welt bedeutet, wenn seit dem Jahre 1804 bis zum heutigen Tage nicht mehr als fünf Zulageartikel in die Verfassung aufgenommen worden könnten. Alles andere ist eigener Bestand seit 1804. Man stelle sich das weiter vor, was es bedeutet, daß die gesetzgebende Gewalt in den Vereinigten Staaten, die ursprünglich gleiche Rechte dem Senat und dem Repräsentantenhaus einräumte, heute zum weitaus überwiegenden Teil auf den Senat übergegangen ist. Denn der Senat setzt sich aus 96 Senatoren zusammen, von denen immer zwei jedem der 48 Staaten entsandt sind. Das bedeutet, daß die beiden Vertreter des einzigen Staates Utah ebenso viel in der entscheidenden Körperlichkeit zu sagen haben wie die beiden Vertreter des Staates New York oder die beiden Vertreter von Pennsylvania oder Illinois. Hinzu kommt, daß diese beiden Senatoren noch in ihren Staaten ortsansässig sein müssen, was bei der zukünftigen und wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit der Staaten

des mittleren Westens gegenüber den Staaten an der Ostküste und Kalifornien ebenfalls zu ganz unglaublichen Mißständen in der Zusammenlegung des Senats geführt hat.

Dabei ist die Möglichkeit von Verfassungsänderungen durchaus vorhanden. Es sind sogar in dem berühmten Artikel 5, aus dem Jahre 1787 zwei Möglichkeiten hierfür gegeben, wenigstens für alle, mit Ausnahme der unglückseligen Bestimmung über die zwei Senatoren für alle Staaten.

Doch hören wir bloß, was für Mäuren die Väter der amerikanischen Verfassung die Washington und Hamilton, die Jefferson und Franklin aufgerichtet haben. Der erste Weg besteht nämlich, daß der Kongreß (also Senat und Repräsentantenhaus) auf Antrag von zwei Dritteln der Staatsparlamente (also mindestens 32 Bundesstaaten) ein neues Parlament (Konvention) zum Vorschlag von Veränderungen berufen soll. Wenn nun dieses neu zu wählende Parlament wirklich einen Beschluß jemals gefaßt hätte, so müßte dieser Beschluß nochmals von 3/4 aller Bundesstaaten (also von mindestens 36) gebilligt werden. Es ist kein Wunder, daß diese Möglichkeit einer Verfassungsänderung niemals bisher benutzt wurde. Es ist einfach technisch und politisch gar nicht möglich, eine solche Apparatur in Bewegung zu setzen, um auch die vernünftige Reform gegen unter Umständen winzige aber entschlossene Widerheiten durchzusetzen. Der Widerheitsstand hat in der amerikanischen Verfassung allmählich eine solche Form angenommen, daß er eben tatsächlich sowohl als die Erhaltung des Bestehenden handelt, zur Herrschaft winziger Minoritäten über die überlegende Mehrheit des Volkes sich entfaltet hat.

Der andere Weg für eine Verfassungsänderung besteht darin, daß Senat und Repräsentantenhaus mit Zweidrittel-Mehrheit einen verfassungsändernden Beschluß fassen können, der aber trotz der genügenden Berücksichtigung aller kleinen Staaten im Senat doch zu seiner Wirksamkeit die Zustimmung von Dreiviertel der Bundesstaaten bedarf. Kein Wunder also, daß die Zahl der Verfassungsänderungen seit 1804 nicht mehr als fünf Artikel beträgt, und auch von diesen sind drei lediglich aus Anlaß der Staatsverfassung und des Bürgerkrieges — in den sechziger Jahren erzwungen worden.

Die unerbittliche wirtschaftliche Mühe des letzten Jahrzehnts hat die verfassungsrechtliche Disziplin in den Vereinigten Staaten etwas zurückgedrängt. Doch nicht immer schlimmeren staatsrechtliche Probleme. Am allerersten, wenn sie eine solche Fülle von Ungerechtigkeiten in sich bergen, wie diejenigen der amerikanischen Verfassung und ganz bestimmt nicht, wenn sie die Entfaltung eines Staats- und Wirtschaftslebens aufhalten lassen, daß so beispiellose Umwälzungen in den letzten Jahrzehnten durchgeführt hat. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie das amerikanische Volk von heute sich bereit ist den Fesseln befreien wird, die ihm vor 140 Jahren angelegt wurden. Ulrich Brauer.

Triumphzug der Venus.



Triumphzug der ungarischen „Miß Europa“ durch Wien.

Die neugewählte europäische Schönheitskönigin Elisabeth Simon ist die Tochter eines ungarischen Bankarztes. Bereits auf der Durchreise in Wien haben ihre Landsleute einen begeisterten Empfang bereitet. Im Bahnhof ist „Miß Europa“ nicht nur von den Mitbürgern der ungarischen Gesandtschaft und einer weitläufigen Menge, sondern auch von einer Ziemerkerlepie begrüßt worden. Sodann trat sie in einem vierpferdigen, von vier ungarischen Soldaten begleiteten Galawagen eine Rundfahrt durch Wien an, bevor sie in ihre Heimat weiterfuhr. Hunderttausende neugieriger Menschen hatten sich aufgestellt.

Der unjüdische Melancholiograph, Das Schmaragdstein am Bandgericht I in Berlin verurteilte die Künstlerin Elise Kodeloff wegen Meineides zu fünf Monaten Gefängnis. Die Angeklagte war auf einem Berliner Friedhof von einer ihr unbekanntem Frau gebeten worden, ihr bei der Verfolgung eines Diebes zu helfen, der ihr die Handfläche gerammt hatte. Der Dieb wurde festgenommen und vom Schöffengericht abgeurteilt. Die Angeklagte wurde als Zeugin geladen. Sie hatte sich in Berlin ein Jahr lang ohne Anzeigung aufgehalten, weil wegen einer Zombolabschiebung ein Elektrifizieren für sie erlassen war. Bei der Postzeit nannte sie sich Frau Fischer. Unter diesem Namen behauptete sie auch ihre Zulassung. Zu ihrer Entschuldigend erklärte sie, nicht genutzt zu haben, daß sich der Dieb auch auf Fragen bezüglich ihres Namens und ihres Alters bezogen habe.

Rade eines Angeklagten. In Pariselle begab sich ein 23jähriger Handelsreisende in die Wohnung seiner Wirtin. Gestiegen und trug bei den Eltern um die Hand des Wirtins an. Als ihm erklärt wurde, daß man ihn nicht wiedersehen sollte, erklärte er die Mutter durch mehrere Schüsse und verletzte die Gestecke lebensgefährlich.

Samson-Körner geflohen. Das Landgericht 3 in Berlin hat die Ehe des ehemaligen deutschen Schmaragdsteinmeisters Paul Samson-Körner rechtskräftig gelöst. Die von der Frau eingeleitete Scheidung wurde im Eimerkündnis beider Parteien ausgeschrieben.

Das Hochwasser in Amerika.

Nach 15 000 Menschen in Gefahr.

Die in Amerika in den letzten Tagen zu verzeichnenden Überschwemmungszuständen haben nach den bisher vorliegenden amtlichen Schätzungen einen Schaden von mehr als 100 Millionen Dollar angerichtet. Die jetzt noch durch Hochwasser von dem Bande abgetrennten Einwohnerzahl beträgt 15 000.

Von 3000 Bewohnern von Ala sind die verbliebenen Rettungsarbeiten in ganz Alabama in Schicksal gebracht worden. Die Zahl der Toten ist noch unklar. Für die früheren Mitteilungen von mehr als 100 Toten belien keine Anhaltspunkte. In einem Gebiet von 10 000 Quadratkilometern sind insgesamt 25 000 Menschen obdachlos. In Elba beginnt sich die Lage insofern zu beruhigen, als die Fluten langsam zu fallen, während in Genoa und Bergamo der Höhepunkt der Katastrophe noch nicht erreicht ist. Ganze Truppenverbände, vertrieben durch das rote Kreuz und freie Helfer, setzen die Rettungsarbeiten fort. Die Gesundheitsbehörden haben inzwischen alle Vorsichtsmaßnahmen gegen den befürchteten Ausbruch einer Epidemie ergriffen.

„Kudaksei“.

12 Jahre Juchhaus.

Das Schmaragdstein am Bandgericht 3 in Berlin verurteilte am Sonnabend den 23jährigen Elektromonteur Werner Oeschardt, der seine Großmutter mit einem Giftbecken niederschlug und sie dann ermordete, zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Das Gericht sah Todesfolge als vorliegend an.

Der Angeklagte hatte im Laufe der Vernehmung erklärt, die Tat im Affekt begangen zu haben, da die Großmutter ihm gegenüber gedauert habe, er sei ein uneheliches Kind und gelte in der Familie als „Kudaksei“. Die Vernehmung hatte die Zahlung eines Bußgeldes von 5000 Mark beschlossen. Der Angeklagte hatte erklärt, daß er mit der Mutter des Angeklagten in seinem Wohnort als den typischen Vertreter der Großfamilien, der ein wechselläufiges Leben zwischen den Elternhäusern und den mondänen Hotels und Tanzplätzen geführt habe. Es besähe immer noch der Verdacht, daß er planmäßig und mit Ueberlegung seine Großmutter ermordet und beraubt habe. Der Anklageerzähler berichtete vom Todschlag und schweren Diebstahl 12 1/2 Jahre Zuchthaus. Die Mutter des Angeklagten brach zum Schluß des Mandats in lautes Weinen aus, insofern die Sitzung unterbrochen und die Frau hinausgeführt werden mußte.

Schulmindernde Menge. In einem kleinen Ort bei Meß, der insgesamt 800 Einwohner zählt, sind in wenigen Tagen 14 Personen einer Seuche zum Opfer gefallen. Ursprung und Art der Seuche ist auch den Medizikern unbekannt.

Stadensinn in Berlin. Am Sonntagabend raffte in nächster Nähe der Kolonnenbrücke in Berlin am Warenhaus Tisch eine Person, die vor einem hellleuchtenden Schaufenster des Kaufhauses stand, wurden zu Boden gerissen. Eine Frau wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Ihre Tochter und zwei andere Personen trugen leichtere Verletzungen davon.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich in Saapan ereignet. Auf der Sanjo-Do-Eisenbahn in der Nähe der RajinStadt Simonoffen ereignete ein Schnellzug. Vier vollbesetzte Wagen wurden umgeworfen. Die Zahl der Toten und lebensgefährlich Verletzten soll 200 betragen.

Tod eines berühmten Musikers.



Generalmusikdirektor Edward Mörke.

Der verdienstvolle Dirigent des Dresdner Philharmonischen Orchesters, ist 53jährig gestorben. Er war einige Jahre Kapellmeister des Deutschen Opernhauses in Berlin, hat sodann in Amerika den Ruhm des deutschen Meisters vermehrt und war auch als Schallplatten-dirigent tätig.

Kinder bespielen ihre Eltern.

Ein charakteristisches Bild in sowjetrussische Erziehungs-methode erhält man aus den nachstehend angeführten Sätzen eines Briefes, den eine russische Mutter aus Char'ow im Januar 1920 geschrieben hat:

... Des Schlimmsten aber ist folgendes: Die Kinder müssen einmal in jeder Woche in der Schule einen Aufsatz schreiben, in dem sie genau schildern müssen, was zu Hause geschehen wird, was die Eltern sprechen, wo sie Einkäufe machen, mit wem sie verkehren, wer ihnen schreibt usw. Das heißt also, daß unsere Kinder uns bespielen und uns, ohne es zu wissen, vielleicht der Lygela ausliefern. Du kannst Dir nicht denken, was es bedeutet, wenn man vor seinen eigenen Kindern nicht mehr Mensch sein darf und immer Angst haben muß: was hast Du, was freist Du, was Dein Kind, Dir nicht in unglücklichem Geplur der Götter bringen? Aber es kommt noch schlimmer: manche Kinder merken, was für eine Macht sie damit über ihre Eltern haben, und fangen an, diese Macht bewußt gegen ihre Erzeuger auszunutzen. Zur B. kommt neulich ihr Lunge und quält sie, ihm das und das zu lauten. Als sie sich weigert, droht er: wenn Du mich das nicht tust, dann sprech ich nächstes Mal im Auftrag solcher über Dich. So werden die Kinder von ihren Vätern zu Cpepe'ra und zu Kib'ra Kreaturen, und das von der Regierung, von der Schule aus. Wenn es nur irgend geht, häßt man eine Kinder davor, in eine solche Schule, unter eine solche Erziehung zu geraten....

Schäumende Maria. Der Redakteur der Marizza, des Hauptblattes Bulgariens, die Boto, trat bei Witzpöbeln plötzlich über ihre Kler. Sie übernahm die gleichen Bandste, die im Werk durch Erbsätze gerührt und laun wieder aufgebaut worden waren. Das Wasser drang vielfach in die höher gelegenen Etagen der Häuser ein. Die Straßen bilden regelrechte Sturzläufe. Die Bevölkerung wurde von Rönitern in Räubern gequält. Gleichwohl Häufler sind eingelagert. Hunderten von anderen Gebäuden droht dasselbe Schicksal. Der Beschäftigten ist ungeheuer. Die Stadt ist von 200 betragen.

Kammer-
Lichtspiele

Von Dienstag bis Donnerstag

Einem Riesen-Lachertag bringt der Lustspielchlinger!

DIE
WOCHEN

END
BRAUT

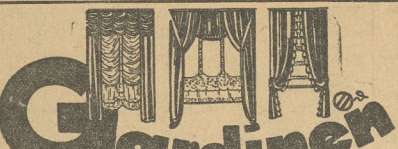
(Ganz ohne Männer geht die Glöse nicht)

Ein Lustspielchlinger vollitersten Situationen. Ein Spiel von Amazonen. Intimes und pikantes vom grünen Rasen am Wochenende. Ein Massenauflauf schöner Frauen, Elege Brink, Camilla v. Hollay, Elise Roral und viele andere.

Die Herren unter dem Pantoffel
Curt Vespermann
Werner Füllerer, Henry Bender.

Lachen, Lachen, nichts als Lachen!!

Ferner:
Der Abenteuer-Film
Unter falschem Verdacht
6 Akte



Gardinen

Wir pflegen seit Jahren diesen Artikel mit besonderer Sorgfalt und führen eine unerreichte Auswahl bis zu den edelsten Qualitäten. Unsere Preiswürdigkeit ist allseitig anerkannt

Tüll-Gardinen , 60-70 cm breit	55 bis 75 Pf.
Tüll-Gardinen , 80-100 cm breit	1.05
Künstler-Garnitur , 5 feilig	3.95
Stores , in allen Farben und tabakartig	1.95
Gardinen-Voll , Künstlerarbeit	3.50
Vorhang-Stoffe , mod. Römestreifen	1.30
K'edene Dekorations-Stoffe	3.75
Korbessell-Garnituren	2.75
Gobelin-Diwandecken	9.00
Gobelin-Tischdecken	5.50
K'edene Tischdecken	10.75
Stopp-Decken , in allen Farben	9.50

Rahmlow & Kressmann

Stadt-Theater.

Montag, den 18. März 1929
Geschlossen!
 Dienstag, d. 19. März 1929, 20 bis 23 Uhr:
„Friederike“
 Einspiel von Emma Gehar (0.30 bis 5.30 U.)

NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt in Halberstadt: Erich Schroeder, Breitweg 29
 in Oschersleben: Willy Junge, Halberstädterstr. 4

G. P. D. Halberstadt

Montag, 18. März, abends 8 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“ unsere Mitglieder-Versammlung, angekündigt als **Märzgefallenen-Feier** statt. Die Fest-Ansprache hält Genosse **Mollenhuth**. Außerdem wird der **Gesang-Verein „Sängerbund“** verschiedene Kampflieder singen und unsere Arbeiter-Jugend einige Rezitationen vortragen. — Einen guten Besuch erachtet **DER VORSTAND**

Reparaturen

Schnell, sauber, billig
Gustav Pfloker, Uhrmacher, Branzbüschelstraße 15.
 Saue Käutig Möbel, Wohnungsreparaturen, and Nachhilfe, **Danneberg**, Wetzendorf Nr. 6.

Montag letztmalig:
Grete Garbo u. John Gilbert
Anna Karenina
 Ab Dienstag zeigen wir:
Dina Gralla



Modellhaus Grevette

folgt — ohne zu erröten — den Spuren ihres galanten Herrn Papas Albert Paulth, schmilzt, lacht und blüht mit ihrem immer erstauerten Küllerglein. Corla Bar-hool versteht es meisterhaft ihren Freund i g o S y m an der Nase herumzuführen und alle zusammen sind mit Lust und Liebe dabei, uns das neueste Lustspiel so schmackhaft wie möglich zu machen.

Büttner-

Kaffee Tee Kakao Schokolade Keks

in bekannter allerbesten Qualität.

Schlachthof-Freibaut

von 9 bis 11 Uhr
 Rind- und Schweinefleisch.
 Die Steinherarbeiten zur Verlegung des Witterungslages auf dem Viehmarkt sollen öffentlich vergeben werden. Bewilligungen mit entsprechender Anfrucht verleihe Angebote sind bis **Freitag, den 22. ds. Mts., vormittags 9 Uhr** dem Stadtmann, Zimmer Nr. 8, einzureichen, möglichst vorher die Bedingungen einzusehen und gegen Erstattung der Mauten entnommen werden können.
 Das Stadtbauamt.

Gewerkschaftshaus

Vorabend Karfreitag Vorabend
 ab 5 Uhr
Preis-Skaten

Ausstellung

über den Alkoholismus und die Geschlechts-Krankheiten
 (Beranfalet vom Hdr. Gesundheits-Ausschuß)
 Vom Sonntag, 17. bis einschließlich Sonntag, 24. März, im „Kaiserhof“, Domplatz 33/35.
 Öffnung: Werktags 11-12 Uhr, 17-21 Uhr, Sonntags 11-17 Uhr. — Eintritt: Erwachsene 20 Pfennig, Jugendliche 10 Pfennig.
 Täglich Führungen, abendliche Vorträge (um 20 Uhr) und zwar:

Zur Konfirmation

empfehle
blühende Zooflanzen
W. Fredersdorf Gartenbaubetrieb, Eichenstraße 8.
Bruchleidende
 angewendet nachweisbar mit bestem Erfolg. „Fischer's Kegel-selenk-Bruchband“ D. P. Patent ohne Feder, ohne Gummi, ohne Stoffeileitungen — für alle Arten von Brüden. Es ist die einfachste und sicherste Bandage, weil die Belastung in einem Augenblick nach alter Gewohnheit wieder die Bruchlinie abregelt. Das Kegel-selenk-Bruchband läßt an keiner Körperstelle einen lästigen Druck aus. Bandagen, welche bei schwerer Arbeit und der größten Hitze, ist einmalig ausgeflochten, es hält auch schwere Brüde mit Sicherheit unter Garantie aus. So noch Ansicht auf **natürliche Heilung** des Bruches vorhanden ist, wird diese — durch das Tragen meines Bandes bei Tag und Nacht — naturgemäß beträchtlich gefördert. Zur Weiterentwicklung, Bestimmung Konfirmationslos! Botanische Vorrichtung des neuesten Modells laud die besten Resultate. **Halberstadt: Hühndel-Deel, Mittwoch, 20. März, 9-12 und 1-3 Uhr. Wernigerode: Freitag, 22. März, Deel Reichel, von 9-12 u. 1-5 Uhr.**
 Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Paul Fischer, Fraunbach (Saax)

Nähen des Israel. Strick-Bereichs

Die Freitag, nachm. 3 Uhr
 Walter Rathenaustr. 33 I
Mädchen
 angeht für Handarbeiten und im Haushalt zum 1. April eventuell sofort.
 Erford. Garbleben, Laubentrag.
Behrling
 Kunst au Ehem, Ehem, meher, Walter Rathenaustr. 33 I.
Weiber Streifen
 zu haben **Otto Hotopp** Kornstraße 15

1. Montag, den 18. März: „Wie bleibe ich gesund“, im „Kaiserhof“, Walter Rathenaustr. 33.
 Redner: Dr. med. Ebering, Wittenb.
 2. Dienstag, den 19. März: „Weien, Verbreitung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, im großen Saale des Kaiserhof. Red: Dr. Ebering
 3. Mittwoch, den 20. März: „Ein fernal-biographischer Lehr-Vortrag für Eltern, Lehrer und Erzieher.“
 Redner: Dr. Ebering.
 4. Donnerstag, den 21. März: „Der Alkoholismus u. seine Gefahren“, im Marie-Hauptmannsaal, am Lortzich.
 Redner: Dipl.-Ing. Luk.
 5. Freitag, den 22. März: „Heber Sätt-machereitung“, im Marie-Hauptmannsaal.
 Redner: Dipl.-Ing. Luk.
- Eintritt zu allen Vorträgen frei

Aus Quedlinburg.

Verdingung.

Der Abruch einschließlicb Wädr von ca. 2000 abm. Erd- und Steinmassen zur Verwertung und Festelegung des Wädr-Verfahrens einschließlicb (Kerze) sowie die Neuverleierung der Gebäude und Abruchmasse an Wädr-Verfahren sind in mehreren Losen an leistungsfähige Unternehmer vergeben werden.
 Angebotsformulare werden in unserem Sekretariat Halberstadtstr. 9, Zimmer 8, gegen eine Gebühr von 2,- M. pro Stück abgegeben. Der Betrag wird bei Abgabe der Angebote zurück-erhalten. Die Zeichnungen können in unserem technischen Büro Halberstadtstr. 9, Zimmer 17, in der Zeit von 10^h bis 12^h Uhr und 16 bis 17^h Uhr eingesehen werden und jede weitere Auskunft erteilt wird.
 Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf Auflassung und Wädrungsarbeiten des Wädr“ beschriftet bis **Freitag, den 26. März 1929, 10 Uhr** in unserem Sekretariat abgegeben, wo die Öffnung im Gegenwart eines erdigenen Bietes erfolgt.
 Quedlinburg, den 16. März 1929.
 Städtisches Tiefbauamt.

Zur Einsegnung


empfehle ich
 Zopfrolmen u. Gebäck
 zum billigt Tagesbrot
 Schmelzen am Fränsen,
 Bismarckstraße, 1. Etage,
 reien an jeder Tageszeit.
 Blumenbärg, Krone
 Valentinstag 2.

Bekanntmachung.

Die Matrikel für den Kaufmanns- und Banklehren werden im Kaufmanns- und Banklehrenamt abgeholt werden. Die Matrikel sind bis zum 26. ds. Mts., vormittags 10 Uhr ebenfalls abzugeben.
 Wernigerode, den 16. März 1929.
 Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses des Kreis-Gewerkschafts-Wernigerode, u. Stöck

Die Garantie-Uhr

deutscher Uhrmacher.
 Verkaufsstelle:
Schmiedestraße 32
Franz Vieth.



Chamois-Fenster-Leder

beste Qualität
 Mk. 1.65 2.35 3.25 4.00
Schwämme
 in großer Auswahl
Parfümerie
 C. Mierdy
 Tel. 1927 Breitweg 60

Öffentliche Mahnung.

Die im Monat März 1929 fällig gemachten Grundbesitz- und Hausbesitzer, sowie Steuererhebe aus Wernigerode sind inwieweit 3 Taxen an die Stadtkasse, Rathaus, Zimmer 5 zu zahlen.
 Wenn diesem Termin werden die Rückstände am 26. März 1929, Wernigerode, den 16. März 1929.
 Der Magistrat (Stadtkasse).

Theaterbund

12. Pflicht-Vorstellung
Dienstag, den 19. März, 8^h Uhr
Arm wie eine Kirchenmaus
 Der größte Lustspielerfolg des Winters.
 Karten für Nichtmitglieder zu 1.25, 1.75 und 2.25
 Vorverkauf, Aazengerechtheit
 Ramme und Papierhöl, Schauhäuser,
 Gallerie 0.75 nur an der Abendkasse.

Gärendes Blut!

Den Erwachen der Jugend von Heute, Zwei Generationen: das pflichterwäh, arbeitsame Alter und die leichtsinnig, vergessungsbüchtige Jugend stehen ein-ander gegenüber, ein spannender Gegen-satz von zwei Welten.
Kulturschau — Wochenschau

Rnauer's Welt-Atlas

40 farbige Haupt- und Nebenkarten, 90 Staffil- und Spezialkarten, Diagramme und zahlreiche Tabellen. Ausfüh-licher geographischer Text, vollstän-diges alphabetisches Verzeichnis.
 20.000 geographische Namen enthaltend.
Seiipiellos gut — Unerhöht billig
 in Conzelmann gebunden
2.85 Mk.
 Volksbuchhandlung
Halberstädter Tageblatt

Aus Wernigerode

Bekanntmachung.

Die bei dem Abruch der Gebäude auf der früheren Hühndel-Deel genommene Bau-stoffe wie: Dachstuhl, Dach- und Ziegelfeste, Wandziegel, Laten, Bretter usw. sollen in jeder beliebigen Menge abgegeben werden.
 Auskunft über die Größe dieser Baustoffe erteilt die technische Bauverwaltung u. der vom Magistrat bestellte Bauaufsichtende auf der Bauverwaltung.
 Wernigerode, den 16. März 1929.
 Der Magistrat (Bauverwaltung)

Hasseröder Einwohnerverein

Mittwoch, den 20. März 1929
 abends 8 Uhr
 im Gasthof „Friedrichstal“
Jahres-Hauptversammlung
 Tagesordnung:
 Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen, Kommunales, Wirtschaftliches u. Aemalen, Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 Der Gesamtvorstand.

Matulatur

abzugeben
 Halberstädter Tageblatt
 Sompian 48.

Erinnerungen zum 18. März.

Aus der Presse der engeren Heimat.

Am Oktober 1848 wurde in Ostermied ebenfalls als erste Zeitung ein „Ostermied Volksblatt“ gegründet...

Da es dem Schreiber dieser Zeilen nach langen Nachforschungen möglich war, nun einen gut erhaltenen Band des erstgenannten „Ostermied Volksblatt“ von einem Ballfänger zu erhalten...

Am Nr. 6 heißt es in einem Leitartikel „Das souveräne Volk“: „Am Volksfest vor dem 18. März würde man mit diesen außerordentlichen Kanalarbeitern wenig Lust haben gemacht haben.“

Zunummer 6 bringt einen durchaus sympathischen Artikel über den Tod Robert Blums. Aber schon auf S. 55 ruft der Vaterlandsfreund Adernann Andreas Steintamp an Rhoden bei Ostermied: „... Zeigt Euch Löwentanz allen Rebellen und Genossen gegen Gottes Ordnung, wenn Euer König nicht!“

Man nehme 20 Erdbäcker, 20 Quart Kümmel, etwas Karbe (Anspielung auf einen alten Berliner Demotanten), 2 bis 3 Pechfackeln, 6 Ellen leinwandenes harter Strick, etwelches Berliner Strahlenkleid, 2 Stangen mit Kautschukbändern, 1 oblonger Korb, 1 alter gleichgeschliffener Krieger von 1813-1815...

schentt haben, wird nächstens von einem Nachborsitzigen eine große Rache mit bunten Bändern zur — weiteren Veranlassung eingehändigt werden!

Neugierig fragt dann ein Fr. B. an, ob jenes Jungfrauen-Kranz nicht gleichzeitig mit dem Empfänger (s. Urtext) verfasst und es ist in dem 379. und dann die Neue Preussische Zeitung mit ihrem Tageskalender vom 26. November 1849 zitiert, wo es heißt: „Herr Ripte und Vater Ripte werden ihrer Hant entlassen.“

„Es Nr. 71 wird dann wieder einer jener Witze gebracht, die in Revolutionen eine historische Bedeutung gewinnen können.“

In der Stadt Ostermied spricht man merkwürdiger Weise nicht von Demotanten, sondern man teilt die 200 Lämmerlein in 50 Wühler, 80 Ostgötter und 70 Hühnerkinder. Schart wird darauf bei Sachverständigen Alexander Menzel angegriffen, der seine großangelegte Rede auch in Halberstadt gehalten hatte.

Das wollen wir denn mit frischem Mut! Das Banner soll uns führen. Wir können nicht mit Füssen gehen. Wir können nicht mit Füssen gehen. Diesmal soll nicht verderben!

Dieses „Lorenzenblut“ ist selbstverständlich wieder besonders reichliches Wasser auf die Mühlen der Monarchisten. Auch der Dichter und Deputierte Kinkel wird als preussischer Professor inschwarz aus Korn genommen, weil er der Rechten höflich entgegen gekommen: „Die Stände der Einführung des Preussentums, wenn wir den Herren und das Preussentum in die Schacht führen...“

gejogenen Artikel frech behauptet: „Es waren ja mit wenigen Ausnahmen nicht die Dresdener Bürger die sich bei der Revolte beteiligten, sondern ja Laute r Freie.“

Nunmer um Nummer schändet das hier als Anti-Zeitgenosse unter die Gegenwartsstufe genommenen „Volksblatt“ seine Würde selbst mit der immer wiederkehrenden lächerlichen Behauptung, dass man nachher öffentliche Dinen umarmieren lässt mit Alimentskationen. Darum ist es immerhin lehrreich, zwischen der monarchistischen Presse von 1848-49 und 1918-1919 Vergleiche zu ziehen.

Bernigeröder Angelegenheiten.

Bernigerode, den 18. März. Gebenstage. 18. März. 1813 „Dichter Friedrich Hebel. — 1848 Mazzini proklamiert die römische Republik. — 1848 Revolution in Berlin. — 1871. Rom muss in Paris. — 1876 fregardend Freiligrub. — 1920 Unruhen und Kämpfe in Berlin, Leipzig, Thüringen usw.“

Vorfrühlingsstimmung im Harz.

Auf dem Brocken erreichte man sich seitens des herrlichen Sonnenglänzes und eines regelrechten Frühlingswetters bei 12 Grad Wärme, während in der Tiefe der Harz noch im Schneefeld liegt.

Am Morgenhaus sowohl wie am Lorenhaus sitzen die Gäste im freien im warmen Sonnenglanz und ahnen sich, wie der Schatz liegt. Während man am Lorenhaus im Schatten noch zwei Grad unter Null hatte, allerdings bei prächtigem Sonnenschein, hatte man am Morgenhaus sogar im Schatten 6 Grad Wärme, in der

Ein Mann, der fünfzig war.

Roman von Kurt Seydewitz.

Copyright 1929 by Biersohn Febrer, Berlin B. 50.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten). Wer hergesehen sich hätte, ging zur Tigrisbar, man fand dort leicht Bekanntschaft, das hatte sich herangebracht. Einen netten solchen bürgerlichen Anblick zu zeigen, und Madame vermittelte gegen, stellte vor, machte bekannt, wußte gleichselbst die Bescheid über Bemühen, Bergangehen, Charakter, wenn man auch auf diese Dinge in der Umgebung von Madame nicht übertriebenen Wert zu legen pflegte.

Madame repräsentierte gut. Es galt als Auszeichnung, wenn sich die Bekanntschaft der Tigrisbar zu einem Besucher lehrte. Sie hatte ihre Stammtischen, bei denen sie das nie veräuerte, nach deren Wünsche sie fragte und die sie zu erfüllen trachtete.

Herr Jaques war unzufrieden. Madame bemerkte es. „Der Betrieb wird alt, Madame, seit Wochen dieselben Gesichter. Ich möchte eine neue Bekanntschaft machen.“

Madame zuckte die Achseln. „Eine Bar kann sich die Gäste nicht aussuchen, mein Herr, und es gibt immer Zeiten, in denen trübsiger Zugang heißt.“

„Gordon“ sagte energisch: „Ich verlaufe bei Ihnen und werde alt! Ich lüch ein ausgefallenes Abenteuer! Etwas Besonderes! Cavalier, Madame!“

„Ein Vorwurf für die Tigrisbar, Herr Jaques?“

„In einer Ecke und fierte mit etwas leeren Blick auf seine Mama. Er bemerkte, daß sie schlechte Laune hatte.“

„Antoine“ erbot sich etwas schwerfällig: „Mama?“

„Geh auf, du und Antoine!“

„Mütterlich, Mama.“ Antoine zog sich zurück. Madame nahm einen Spazierstock mit einer schönen Goldkette, denn einmal ein Besucher vergesse hatte und die sie seit Jahren für ihn aufhob, warf sich einen Mantel um und verließ das Haus.

Ein Mann schwannte ihr angrunzenden entgegen. Mit der somnigen Eleganz des Trankens näherte er sich. Als er zwei Schritte vor ihr war, stellte sie ihm geschickt ein Bein. Er fiel laut zu Boden. Madame lächelte. Sie war in der Stimmung, der ganzen Welt ein Bein zu setzen. Das nächste Mal, als sie wieder aufstand, schaute sie sich um und verließ die Tigrisbar.

„Ein kleines Gesicht“, erkannte sie weiter. Madame hob mit der Hand den Kopf hoch. Die Augenlider der Ohnmächtigen bewegten sich ganz langsam.

„Wo wohnen sie?“

„Madame war stark. Sie trug Jeanette bis zur Straße. Dann rief sie ein vorübergehendes Auto an.“

„Das Auto.“

„Madame hatte Jeanette, die sehr schwach war, mit Hilfe des Chauffeurs ins Innere des Wagens gebracht. Jeanette lag selbst auf Madame Schuttern.“

„Madame war stark.“

„Madame hatte Jeanette, die sehr schwach war, mit Hilfe des Chauffeurs ins Innere des Wagens gebracht. Jeanette lag selbst auf Madame Schuttern.“

Sonne 12 Grad über Null und die Sonne schien, daß es eine wahre Freude war.

Am Tal brachen die Wälder wieder starken Frost, morgens stand die Quecksilbersäule wieder 3 Grad unter Null bei dem Nebel, so daß es ungemüthlich feucht-kalt war. Später durchbrach die Sonne fleißig das dunkle Nebelgewölbe, und dann lag etwel Gold über den grünen Bergwäldern. Die kleinen gelbesüßigen Sänger trillerten und jubelten. Einmal muß es doch Frühling werden, einmal muß das Licht und das Leben über Winters Grau und Dube triumphieren.

Die Gefahren der Steinbrüche. Anfang der Woche verunglückte im Steinbruch der Firma Müllers u. Co. der Gen. Wilh. B. e. g. beim Auskletten mit der großen Brechfräse. Er trat dabei eine schwere Rippenverletzung davon. Schwer verletzt mußte er seine Wohnung aufsuchen. Am Sonnabend sind im Bruch von Balm u. Bode am großen Birkenfelsen beim Sprengen der Mühlsteinbrüche 3 Arbeiter, die Gen. Franz Siebold schwer durch Verberstungen verletzt in das Krankenhaus eingeliefert worden. Aufsehender hat sich das Unheil, daß nicht vor der Entladung kam, beim Reiben der Steine nachträglich nicht zu.

Der Magistat ersticht in unserer heutigen Ausgabe einige Bekanntmachungen erscheinen, in denen einmal auf die nimmer alsobald zu zahlenden Steuern hingewiesen wird und dann auch auf die beim Abbruch der Gebäude auf der früheren Domäne zum Verkauf freigegebenen Materialien.

Stadtrat Melner 76 Jahre alt. Stadtordeordnetenvorsitzer Melner hatte zum Sonnabend einen Kreis von ca. 60 Personen ins Stadt. Rathaus zu einem geselligen Abend eingeladen, den er sich zu geben für verpflichtet erachtete, auch bei ihm empfangen. Er nahm an dem Festmahl teil. Am Sonntag, den 1. März, wurde im Rathaus ein gemeinsames Essen der Stadtordeordneten in einem Gasthaus. Bei dem Essen waren auch die Stadtordeordneten und die Stadträte. Am Montag, den 2. März, wurde im Rathaus ein gemeinsames Essen der Stadträte. Am Dienstag, den 3. März, wurde im Rathaus ein gemeinsames Essen der Stadträte.

Ein Menschenleben. Die schon seit langer Zeit Gegenstand eingehender Betrachtungen war, ist der unglückliche Kapitulanten bei der „Roten Mühle“. Schon bereits viermal sind belästigt Führer und Menschen in die allgeröhrte Gefahr gekommen und wenn es bisher nicht dort zu traglichen Ausgängen gekommen ist, so war das der Unvorsichtigkeit der Wagenlenker zu verdanken. In dem am Sonntagmorgen stehenden Baumgruppen, die je Streben überführt ungemüthlich macht, sind die Wege sehr gefährlich. Wenn bisher angenommen wurde, daß diese Bäume Eigentum der Gemeinde Berningerode sind, so ist jetzt festgestellt, daß dies nicht zutrifft. Sie gehören der Gemeinde Reddeber, mit der bereits Verhandlungen im Gange sind, um das Verkehrsverbot zu befrachten. Ende dieser Woche ist wiederum ein Führer des Wagens der „Roten Mühle“ Stalpmann von einem Eisenbahnwagen angefahren worden. Nur der Geseßesgenosse des Automobilführers war es zu verdanken, daß nicht Pferd, Wagen und Fahrer verunfallt wurden. Wenn die Eisenbahnverwaltung mit Entschiedenheit gegen die Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs gegen die Fußgänger vorgeht, so sollte sie in erster Linie an die Gemeindeverwaltung von Reddeber halten, die das schwere Verkehrsverbot bestätigen muß.

Die Dummheit werden nicht alle! Man sollte tatsächlich nicht glauben, daß wir in unserer 20. Jahrhundert leben. Es ist ein halbes Jahr noch in einem tiefen Nihilismus. Selbst im Lindeberg unangenehm ein Herr, der allwissend mit Wohlwille hierher kommt und dort in Geländebereit macht. Ein Oberinspektor einer Versicherung ließ sich durch religiöse Wortzüge von diesem Geländebereit sein Leben heilen. Daß diese Art Heilung natürlich ein anständiges Kind Geld kostet, ist selbstverständlich. Der Gericht wird dem famosen Heiligtümer Gelegenheit gegeben, seine Heilmethode zu erklären, wenn er einen Preispruch von der erstinstanzlichen Angelegenheit will!

Der hiesiger Einwohnerverein hat zum Mittwoch, 20.30 Uhr im Gasthof „Friedrichshaus“ seine Jahreshauptversammlung einberufen.

„Wie fühlen sie sich, mein Kind?“ fragte Madame, als Jeanette die Augen aufschlug.
„Sie sind sehr gut zu mir, Madame.“
„Wie kann ich so schönes Kind wie sie in eine solche Lage kommen?“ Jeanette hatte ein unangenehmes Gefühl, und die Art der Fragestellung schien ihr sonderbar, aber sie war schwach, dem nachzugeben. „Das werden sie mir morgen erzählen“, sagte Madame, als Celestine eintrat und das Betrage brachte.
Madame küßte Jeanette, die gierig aß, durch ein Küsschen, daß sie ihr unter dem Kopf hielt. „So, nicht mehr. Jetzt schadet ihnen heute. Ihr Magen muß erst wieder aus Essen gewöhnen“, meinte sie mit einem stillen Verweise zu Isidore, Madame.
Jeanette lächelte matt.
„Ach, bin sehr müde, Madame.“
„Sie sollen auch jetzt schlafen, mein Kind!“
Madame küßte Celestine hinaus und hielt es für gut, Jeanette selbst zu entlassen. Sie ging in ihr Zimmer und holte ein Reglisch. „Das ziehen sie an. Gute Nacht, mein Kind!“
Dann trispie Madame das Licht aus.
Jeanette, bereits im tiefen Schlaf der Erschöpfung, hörte nicht mehr, wie man den Schlüssel von außen herumdrehte.
Madame trat strahlend in die Bar. Sie ertundete sich nach Jacques. Er sei loben hinausgegangen, sagte man.
Sie ertundete ihn noch auf der Treppe. Er machte ein fragendes Gesicht. „Wollen sie mir einen Augenblick schenken?“ fragte Madame.
„Gern, Madame.“
Sie winkte durch eine Bewegung des Kopfes und schritt voran, den gleichen Weg, den sie vor einer halben Stunde Jeanette hatte hinaufbringen lassen.

„Leise, Herr Jacques.“
„Wollen sie mir nicht erklären?“
Madame lächelte: „Sogleich.“
Vor einer Tür blieb sie stehen. Hoff lautlos bog sie den Schlüssel aus der Tasche und ließ das Licht im Korridor aufkommen. Dann drehte sie den Schlüssel leise im Schloß und öffnete die Tür.
„Wolgen sie?“
Herr Gordon war hinter ihr.
„Auf, gehen, bitte.“

Aus Halberstadt. Ausstellung über Alkoholismus und Geisteslechtskrankheiten.

Was ist vor dem Kriege ist man in solchem Maße um die Gesundheitsverhältnisse unseres Volkskörpers bemüht gewesen, wie jetzt. Nicht allein, daß alle Behördenstellen eifrig Förderer der Gesundheitsübungen sind, sondern es finden auch von Zeit zu Zeit aufstrebende Vorträge, Ausstellungen usw. statt, um Aufklärung über Schutz vor Krankheiten, Unfällen und anderen Gefahren zu geben. Wir hatten deshalb in Halberstadt vor Kurzem auch erst die Reichsanstaltungsveranstaltung, die den Alkoholismus und die Geisteslechtskrankheiten zum Gegenstand hatte.

Diese Woche begann mit einer Ausstellung im Kaiserhof, die bis zum 24. August geöffnet sein wird. Der Eintrittspreis ist äußerst mäßig gehalten, jedoch es jedem möglich sein dürfte, sie zu besuchen. Das würde auch nur zu wünschen. Dipl.-Ingenieur Dr. B. hat für die ersten Monate die Erläuterungen durch die Ausstellung und geht zu den heutigen Tagen durch die Ausstellung der notwendigen Aufklärungen. Die bunten Tafeln und die aus Wachs und Papp gefertigten Modelle zeigen den Einfluß des Alkohols auf das ganze menschliche Körpersystem und die einzelnen inneren Organe. In seinem Vortrage wies Dipl.-Ingenieur Dr. B. auch auf die Schädigungen des Herzens usw. hin. Unter Benutzung von farbigen Tafeln wird die Einwirkung des Alkohols auf das deutsche Arbeitervolk durch die Herstellung der alkoholischen Getränke nur sehr wenig wirtschaftliche Vorteile hat. Während z. B. bei einem Bau die Höhe 60 Prozent der Herstellungskosten ausmachen, wären es bei dem Alkohol nur 15 Prozent. Der Alkohol steigere auf eine kurze Zeit auch die menschliche Leistungsfähigkeit, gleich darauf greife aber so größere Ermüdung Platz. Ein Arbeiter, der seine Kräfte durch den Alkohol erschöpft, wird in der Folge seiner vollen Leistungsfähigkeit sehr oft sein Verbrechen auf dem Alkoholgeheim zurückzuführen. Besonders träge dies auf Gelegenheitsarbeiter, Arbeiter gegen die Staatsgarnat und Notdurftvergehen zu, während bei Raubverbrechen usw. der Alkoholgeheim eine untergeordnete Rolle spielt. Mit Beispielen konnte der Redner auch die Wichtigkeit des bürgerlichen Rechts nachweisen. Kinder von Trunkenen werden oft nicht oder müde mit anderen Gebrechen befallen, die sich sehr oft vererben.

Am Nebenmal war die Abteilung „Geisteslechtskrankheiten“ untergebracht. Auch hier waren viele Tafeln mit farbigen Bildern aufgestellt, weiter aber auch sehr viele Wachsmodelle, die die Veränderungen durch Geisteslechtskrankheiten anschaulich wiedergeben und zeigte, wie groß der Schaden ist, den diese furchtbare Krankheit unserem Volkskörper zufügt.
Es ist zu wünschen, daß recht viele unserer Einwohner diese Ausstellung besuchen. Die Ausstellung „Alkoholismus“ ist auch für Jugendliche geeignet. Führungen usw. finden statt. Die Ausstellung ist sehr wohl dazu geeignet, reifliche Aufklärung über die Gesundheitsverhältnisse unserer Bevölkerung zu geben. Der Zweck der Ausstellung, aufklärend, vorbeugend und heilend zu wirken, dürfte damit dann auch erfüllt sein.

Sängerbund. Ehrenpflicht jedes Sangesbrubers ist es, heute abend, Punkt 20 Uhr, im Gemeindefestsaal zu sein, um an der Wagnier der Partei mitzukommen.

Das Stadttheater. Die Erstaufführung des Dramas „Karl und Anna“ von Leonhard Frank, eines der meistgespielten und fähigsten Stücke der Gegenwart, findet am Dienstag, 20. März, 20 Uhr, statt. Regie: Otenbrand Dr. Edgar Groß.

Die nächste Sitzung der Stadtordeordneten findet am Dienstag, 20. März, 16 Uhr im Stadtordeordnetenratssaal statt.

Gemeindefeuerveranlagung. In einem Rundschreiben des Ministers des Innern, des Finanzministers und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. Februar 1929 wird hierzu ausgeführt: Bei den Wachs- und Betriebsleistungen der gewöhnlichen Betriebe ist in einer Reihe von Fällen festgestellt worden, daß Betriebe für ein Jahr zu wenig, für ein anderes Jahr dagegen zu viel Entgelt verurteilt haben. So erscheinen oftmals Förderungen, die erst in einem späteren Jahre aktiviert werden dürften, bereits in den Abgaben eines vorangegangenen Jahres. Soweit eine zu niedrige Besteuerung erfolgt ist, soll am 31. Dezember, in Verbindung mit § 212 Abs. 1 des Abgabensteuergesetzes, die Abgaben auf das gleiche nicht auch insofern, als im vorangegangenen Jahre eine zu hohe Besteuerung erfolgt ist und die Veranlagung bereits unerschließbar geworden ist. Es ergeht geboten, derartige unbillige

Gordon gebrachte, niederdrückte, gab sie nach, Herr Gordon war noch am Boden. Barga blieb getrimmt wie immer stehen.
„Haben sie noch etwas für mich, Herr Direktor?“
Gordon gähnte. Aber er war nicht müde er gähnte aus Rangeswele. Jacques Gordon war aber trotzdem in anegeter Stimmung komisch, dachte er plötzlich, daß diese Mann jeden Tag um die gleiche Zeit dieselbe Frage an mich richtet: „Haben sie noch etwas für mich, Herr Direktor?“
Herrn Gordon fiel noch mehr auf, nämlich, daß er sich unwohl auf diesen menschlichen ihr richtete. Dem, wenn er einmal wirklich länger blieb als sonst, und Barga trat ein, dann mußte Gordon, daß es nun auch Zeit für ihn sei, das Büro zu verlassen.
„Kommen sie einmal herein, Barga.“ sagte Herr Gordon. Etwan sechs große Augen. Das war he gegen alle Gewohnheit. Das Unermüdete machte ihn unheimlich.
„Wie lange sind sie bei uns, Barga?“
„Zwanzig Jahre, Herr Direktor!“
„Sieh da, zwanzig Jahre. Wie alt sind sie eigentlich, Barga?“
„Zwanzig Jahre, Herr Direktor!“
„Zwei fünfzig. Et. Et. Ein schönes Alter!“
„Ach, fühle mich noch sehr jung, Herr Direktor!“
„Gerade das wollte ich mit meiner Bemerkung gesagt haben, lieber Barga.“
Herr Jacques Gordon steckte sich eine Zigarre an.
„Ach, eine, Barga?“
Stefan blickte schweigend und gab seinem Vorbesetzten Feuer, dabei zitterten seine Hände vor Aufregung. Dann zündete er sich die von Gordon überreichte Zigarre an. Blühlich lächelte er, wie der Direktor auf seine Hände starrte.
„Sie zittern ja, Barga?“
Stefan blickte verlegen. „Es ist so selten, daß sie sich mit mir unterhalten, Herr Direktor, eine kleine Kerzenslicht ist da begrifflich. — Vor Freude, versteht sich,“ besette er sich hinzusetzen. Gordon zeigte die Zähne zwischen unglücklich lächelnden Lippen. „Ja? Ja? Weiber, was?“
Barga mußte ein so entsetztes Gesicht machen haben, daß sein Gesicht verlegen wurde: — „Ja? Ein Mann wie sie?“
Barga schüttelte den Kopf: „Das mit Weibern, ist schon lange her.“ (Fortsetzung folgt)

Härten auszugleichen. Es wird daher den Gemeinden dringend angehelegt, in solchen Fällen von der Anwendung des § 50 Gem.-St.-B. möglichst abzuweichen zu machen.

Filmvorstellung. Am Sonntag vormittag, den 17. März, wird im Kino der Film „Die große Fahrt“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.
Am Sonntag, den 18. März, wird im Kino der Film „Die große Fahrt“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.
Am Sonntag, den 19. März, wird im Kino der Film „Die große Fahrt“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.
Am Sonntag, den 20. März, wird im Kino der Film „Die große Fahrt“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.

Die großen Städte der Gegenwart. Am Sonntag, den 20. März, wird im Kino der Film „Die großen Städte der Gegenwart“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.
Am Sonntag, den 21. März, wird im Kino der Film „Die großen Städte der Gegenwart“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.
Am Sonntag, den 22. März, wird im Kino der Film „Die großen Städte der Gegenwart“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.
Am Sonntag, den 23. März, wird im Kino der Film „Die großen Städte der Gegenwart“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.

Die großen Städte der Gegenwart. Am Sonntag, den 20. März, wird im Kino der Film „Die großen Städte der Gegenwart“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.

Spielplan des Stadttheaters.

Dienstag, 19. März, Mittwoch, 20., Donnerstag, 21., Sonnabend, 23. März, 20 Uhr, wird das Singpiel „Friederike“ von Franz Heise mit Paul Sieber-Walter in der Rolle des jungen Gedeck aufgeführt.

Freitag, 22. März, 20 Uhr, erste Wiederholung des Trauerspiels „Des Meeres und der Liebe Wellen“ von Franz Grillparzer.
Sonntag, 24. März, 18 Uhr, das Singpiel „Friederike“ (auch in dieser Vorstellung liegt die Rolle des jungen Gedeck Paul Sieber-Walter) ebenfalls. Mit Rücksicht auf die vielen Anfragen auswärtiger Theaterbesucher, die das Singpiel „Friederike“ besuchen möchten, beginnt die Sonntags-Vorstellung bereits um 18 Uhr. Er geht 21.15 Uhr. Die letzten Züge können also bequem erreicht werden. Da voraussichtlich eine kurze Kartennachfrage für „Friederike“ einlegen wird, empfiehlt sich, Karten frühzeitig zu besorgen. Der Kartentausch für alle Aufführungen ist ab Montag, 18. März, täglich 10-14 Uhr.

Dienstag, 26. März, 20 Uhr, wird unter Regie von Otenbrand Dr. Edgar Groß Leonhard Franks Drama „Karl und Anna“ zum ersten Male aufgeführt.
Die nächste Opernvorstellung findet Ende März (nicht mit Irrtumlich berichtet wurde Ende April) mit der Operette „Die Csárdasfürstin“ von Emmerich Kálmán statt.

„Gordon gebrachte, niederdrückte, gab sie nach, Herr Gordon war noch am Boden. Barga blieb getrimmt wie immer stehen.
„Haben sie noch etwas für mich, Herr Direktor?“
Gordon gähnte. Aber er war nicht müde er gähnte aus Rangeswele. Jacques Gordon war aber trotzdem in anegeter Stimmung komisch, dachte er plötzlich, daß diese Mann jeden Tag um die gleiche Zeit dieselbe Frage an mich richtet: „Haben sie noch etwas für mich, Herr Direktor?“
Herrn Gordon fiel noch mehr auf, nämlich, daß er sich unwohl auf diesen menschlichen ihr richtete. Dem, wenn er einmal wirklich länger blieb als sonst, und Barga trat ein, dann mußte Gordon, daß es nun auch Zeit für ihn sei, das Büro zu verlassen.
„Kommen sie einmal herein, Barga.“ sagte Herr Gordon. Etwan sechs große Augen. Das war he gegen alle Gewohnheit. Das Unermüdete machte ihn unheimlich.
„Wie lange sind sie bei uns, Barga?“
„Zwanzig Jahre, Herr Direktor!“
„Sieh da, zwanzig Jahre. Wie alt sind sie eigentlich, Barga?“
„Zwanzig Jahre, Herr Direktor!“
„Zwei fünfzig. Et. Et. Ein schönes Alter!“
„Ach, fühle mich noch sehr jung, Herr Direktor!“
„Gerade das wollte ich mit meiner Bemerkung gesagt haben, lieber Barga.“
Herr Jacques Gordon steckte sich eine Zigarre an.
„Ach, eine, Barga?“
Stefan blickte schweigend und gab seinem Vorbesetzten Feuer, dabei zitterten seine Hände vor Aufregung. Dann zündete er sich die von Gordon überreichte Zigarre an. Blühlich lächelte er, wie der Direktor auf seine Hände starrte.
„Sie zittern ja, Barga?“
Stefan blickte verlegen. „Es ist so selten, daß sie sich mit mir unterhalten, Herr Direktor, eine kleine Kerzenslicht ist da begrifflich. — Vor Freude, versteht sich,“ besette er sich hinzusetzen. Gordon zeigte die Zähne zwischen unglücklich lächelnden Lippen. „Ja? Ja? Weiber, was?“
Barga mußte ein so entsetztes Gesicht machen haben, daß sein Gesicht verlegen wurde: — „Ja? Ein Mann wie sie?“
Barga schüttelte den Kopf: „Das mit Weibern, ist schon lange her.“ (Fortsetzung folgt)

Herr Gordon hat gute Laune.
Als Herr Barga nach Geschäftsschluss heimete, daß einige Anwohner ihre Plätze nicht aufgeräumt hatten, schalt er laut vor sich hin. Sperrig machte er sich Notizen und legte sie auf den Schreibtisch; er würde sich die Unordentlichen morgen schon tadeln durch diesen Vorfall hatte sich Eustich Vargas Laune, welche den ganzen Tag über nicht sonderlich ruhig gewesen war, heute verwickelt. Er sah nach vier Uhr. Er dachte das Zimmer des Direktors von den übrigen Räumen in die nötige reißende Ent-

Salzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Abgabepreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Beleggeld, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Erhalten höchstens 15 und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Salzerstr. 231A, Wernigerode. Druck: Salzerstr. 231A, Wernigerode. Verantwortlich: Paul Meyer, O. m. b. H. Wernigerode, für Inhalt: W. H. Meyer, Wernigerode, für den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für Postamt u. Inserate Karl Zeff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigepreis die adäquate Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restameile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Besondere nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Wernigerode, Sonntag 48 (Wernigerode 231A), Wernigerode, Magdeburger 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 66

Dienstag, den 19. März 1929

4. Jahrgang

Entwicklung zum Einheitsstaat.

Braunschweig will seine Selbständigkeit aufgeben.

Braunschweig, 18. März. (Gf.) Die verfechteterische Braunschweiger Fraktion hat dazu geführt, daß die Frage eines Verzichtes auf die Selbständigkeit des Landes in den Vordergrund der politischen Erörterungen gerückt ist.

Die deutsche nationale Landtagsfraktion hat die Regierung inzwischen durch einen Antrag im Landtag erlucht, mit Preußen förmlich in Verhandlungen wegen der Übertragung des Landes Braunschweig einzutreten.

Gleichzeitig hat die Fraktion der Mitte (Demokraten, Christlich-sozialen und Bauernbund) beschlossen, im Landtag einen Antrag einzubringen, nachdem das braunschweigische Staatsministerium zurecht die Bildung eines

Reichslandes Braunschweig mit reichsregierter Verwaltung sofort in Unterhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten soll. Weiter beschließt man nach dem Antrag, die Regierung zu beauftragen, dem Landtag gegebenenfalls entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen.

In der Braunschweiger Presse werden die Pläne der einzelnen Parteien mit langen Zitaten begründet, aus denen sich ersehen läßt, daß die bürgerlichen Parteien, die bisher Gegner des Verzichtes auf die Selbständigkeit des Landes Braunschweig waren, ihre Äußerungen aus dem Bereich der noch ihrer Erfüllung ungewissen politischen Möglichkeiten gestellt haben. Man redet von der „roten Gefahr“ und greift die Politik der sozialistischen Regierung in der schärfsten Form an. Man ermahnt von der Aufhebung der Selbständigkeit schließlich eine Kursänderung zu Gunsten der Reichsregierung.

Der äußere Anlaß hat, wie gesagt, die Finanzlage des Landes gegeben. Der Haushalt für 1929 weist einen Fehlbetrag von mehreren Millionen Mark auf. Eine Deckung beschließt die Regierung zum Teil durch Kürzung der Überweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände. Außerdem hat eine 10 Millionen-Anleihe aufgenommen werden müssen. Die Folge war, daß man in bürgerlichen Kreisen genau wie im Reich von „sozialistischer Wirtschaftspolitik“ redet und den Widerstand des Landes Braunschweig voranschreit. Wichtig ist, daß Braunschweig nicht über genügend finanzielle Mittel verfügt. Es heißt aber in Form von großen Sorgen, Domanen, Salinen usw. Werte in Höhe von annähernd 800 Millionen Mark.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat zu den Anträgen der bürgerlichen Parteien noch nicht Stellung nehmen können. Voraussichtlich dürfte sie nach dem deutlichen nationalen Fraktion, Braunschweig in Preußen aufgeben zu lassen, ablehnen. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß sie dem Antrag der Frei-

den Mitte auf Umhebung in ein Reichsland zustimmen wird. Da aber im Landtag die 24 Sozialdemokraten, 24 bürgerliche und kommunalistische Abgeordnete gegenüberstehen, ist über das Schicksal der Äußerung im Landtag im Einzelfall mit Sicherheit nichts vorzusagen.

Auch Hessen sucht einen Ausweg.

Ueber die wirtschaftlich und finanziell besonders dringliche Neuordnung der zwischenstaatlichen Grenzgebiete im Rhein-Main-Gebiet wird seit einiger Zeit sehr ernsthaft nicht nur diskutiert, sondern auch verhandelt. Der hessische Innenminister Kaufmann hat in der „Frankf. Ztg.“ vorgeschlagen, ein rheinmainisches Reichsland mit Einbeziehung bisher preussischer Gebiete zu schaffen und die Verwaltung teilweise preussisch zu gestalten. Innenminister Grzesinski hat das in der „Frankf. Ztg.“ abgelehnt und dafür einen eigenen politischen Vorschlag gemacht, in dem er folgendes ausführt:

1. Das Land Hessen sollte, statt sich zum Reichsland zu erklären, und sich von Preußen als Bevollmächtigter des Reiches zu verhalten zu lassen, das Verlangen nach Übertragung der Verwaltung aus eigenem Recht an Preußen stellen. Die Zuständigkeit, insbesondere die Eintragung der Selbstverwaltung in dem gesamten Verwaltungsgebiet, in dem Hessen einen Bezirksverband bilden würde und dann im übrigen aus der Provinz Hessen-Rheinland oder Teilen davon bestehen würde, könnte besonders geordnet werden und brauchte weder an das preussische noch an das hessische Minister gebunden sein.

2. Für bestimmte Selbstverwaltungsaufgaben ebenso wie für die staatliche Verwaltung könnten die Provinz Hessen-Rheinland oder Teile von ihr mit dem hessischen Staatsgebiet zusammengefaßt werden. Das wäre in einem Staatsvertrag zu regeln, der in beiden Ländern mit verfassungsmäßiger Mehrheit angenommen werden müßte.

3. Der gemeinsame Oberpräsident dieses Gebietes könnte im Einvernehmen mit der Regierung der hessischen Provinz, z. B. einen Landesauschuß, ernannt werden.

4. Preußen würde sich verpflichten, in den Gebieten der Provinz Hessen-Rheinland, die mit dem Lande Hessen zu einheitlicher Verwaltung zusammengefaßt werden sollen, auch eine einheitliche Zuständigkeitsverteilung und Behördenorganisation durchzuführen.

5. Preußen würde sich bereit erklären, dementsprechend auch die Selbstverwaltung dieses Gebietes zu übertragen, die in den übrigen Provinzen nicht Angelegenheiten der Selbstverwaltung sind.“

Das Spiel der Zahlen.

Annäherung der Sachverständigen in Paris?

Paris, 18. März. (Gf.) Es wird hier allgemein erwartet, daß die Sachverständigenkonferenz nach in dieser Woche die Entscheidung über die Festsetzung der deutschen Reparationszahl treffen soll. Der englische Schatzkanzler Churchill, der am Sonntag in Paris weilte, hatte mit dem englischen Sachverständigen über das Reparationsproblem eine längere Unterredung.

Fertig gibt heute im Echo des Paris eine sehr interessante Übersicht über den Stand des Zahlenstreits in der Sachverständigenkonferenz. Man muß davon ausgehen, erklärt er, daß die alliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten insgesamt 25 Milliarden ausmachten. Bei einer Verzinsung von 5 Proz. erhalte man schon eine Annuität von 1,3 Milliarden, die zusammen mit dem Zinsdienst für die Damesanleihe auf etwa

1,4 Milliarden

anstiege. Das sei aber gerade die Summe, die der Reichsbankpräsident Dr. Schickel bis her als Höchstbetrag der deutschen Leistungen angeboten habe. Daraus könnten Frapp die Amerikaner, nicht aber die übrigen Gläubiger Deutschlands für ihre Aufbautkosten bezahlt werden.

Die Hauptbemühungen der Konferenz gehen nun vorläufig nach Darstellung von Fertinon dahin, die Wiederanbauforderungen der übrigen Gläubiger unter einem Satz zu bringen. Frankreich dessen Wiederanbaukosten sich auf 120 Milliarden Franken belaufen, habe von Anfang an nur 60 Milliarden Franken angemeldet. Man habe diese Forderung mittlerweile auf 50 Milliarden herabgesetzt und nun bemühen sich die Sachverständigen, eine neue Verminderung sogar auf 40 Milliarden Franken durchzuführen. Frankreich werde also insgesamt 8 Milliarden Mark erhalten.

Die Forderungen der übrigen Gläubiger belaufen sich zusammen auf 9,3 Milliarden Mark. Auch diese Forderungen müssen um mindestens 2-3 Milliarden Mark gesenkt werden, damit eine Einigung überhaupt möglich sei.

Ein Dementi der deutschen Delegation.

Berlin, 18. März. (Telum.) Wie der „Monat“ aus Paris meldet, wird der von der französischen Seite veröffentlichte angebliche Zahlungsplan über den bereits in allen wesentlichen Punkten eine Verständigung zustande gekommen sein soll, von zukünftiger deutscher Seite als eine gemischte Erfindung bezeichnet.

Osterrufen.

Paris, 18. März. (Telum.) Der „Temps“ hält es für wahrscheinlich, daß die Sachverständigen ihre Arbeiten am Donnerstag, den 28. ds. Ms. bis Montag, den 8. April unterbrechen.

Volksparteiliche Sparpolitik.



stafette am geführten Tag, auf dem Dr. Müller, einen Vortrag über die deutsche Reichsfinanzpolitik mit Erfolg.

Das Resultat, was er aus dem Vortrag erzieht, ist, daß die Reichsregierung und deren Mitarbeiter, die die Arbeiterfrage zu ver-

arbeiten er allerdings behauptet, daß die Sparpolitik der Volkspartei gefolgt. Damit ist die

Frage, daß die Kosten der Steuerbelastungen zu einer dazu bereit, am

berate und Schwer-

offenbar nicht, denn er meint er aber „eine Form der Gehele, auch

Deutsche Waffenziehung?

Amsterdam, 16. März. (Gf. Draht.) An Bord des Dampfers „Dufferin“ der holländischen Ostindienlinie wurden auf der Fahrt von Surabaya nach Schanghai — nach einer Meldung aus Surabaya auf dem 18. ds. Ms. — 185 Gewehre und 20 000 Patronen deutscher Herkunft festgestellt.

Klarheit tut Not.

Von Paul Herz.

Der Reichstag hat am Freitag die erste Sitzung des Haushaltsplans für 1929 beendet. Der Haushaltsplan ist dem Haushaltsausschuß, die Sachverständigen sind dem Steuerausschuß zur weiteren Beratung übergeben worden. Dort wird in der Woche nach Ostern der Kampf im kleineren Saale, aber mit ebensolcher Wichtigkeit und noch größerer Gründlichkeit fortgeführt werden. Schon vorher muß jedoch eine Klarheit herbeigeführt werden, auf welchem Wege eine Mehrheit von Parteien das Ziel zu erreichen gedenkt, das der Reichstagspräsident Müller als Bedingung der jetzigen Regierung aufgestellt hat: den ausgeglichenen Etat. Zwei Probleme hängen also der Lösung, die miteinander zusammenhängen. Welchen Inhalt soll der neue Haushalt bekommen und welche Mehrheit ist bereit, ihn zu verabschieden.

Die zweifelhafte Klärung der Lage herbeigeführt hat, gewisse Möglichkeiten für ihre Lösung gezeigt und nicht, wie teilweise erwartet, zu einer Verhärterung der Kräfte beigetragen. Alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Kommunisten, die alles ablehnen, haben sich ihre endgültige Stellungnahme zu den Vorschlägen der Reichsregierung vorbehalten und nur die Richtung angegeben, in der sie eine Lösung erstreben. Nur in einem Punkte ist sehr weitgehende Übereinstimmung. In der Absicht nämlich, Erparnisse vorzunehmen und den Versuch zu machen, dadurch die Höhe des neuen Steuerbedarfs herabzubringen.

Selbstverständlich gehen die Parteien zum Teil von ganz verschiedenen Absichten aus. Die Sozialdemokratie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Besteuerung unter keinen Umständen mitmischen werde. Diefelbe Erklärung liegt dem Zentrum vor. Auch die Demokraten haben, obwohl nicht ebenso deutlich, harte Bedenken gegen Abträge an den sozialpolitischen Ausgaben geäußert. Da diese drei Parteien allein fast über die Hälfte des Reichshaushalts verfügen, so ist damit die Hoffnung gerechtfertigt, daß der große Ansturm des Unternehmertums, die Ausgliederung des Reichshaushalts unter Opferung der sozialpolitischen Leistungen des Reiches zu erreichen, abgeblasen werden kann. Und zwar trotz der Unterliegendheit, die die Deutsche Volkspartei mit ihren ultimativen Forderungen diesem Ansturm verleiht hat.

Ein zweites wichtiges Ergebnis der Debatte ist die Bereitschaft einiger bürgerlicher Parteien, an den mittelfristigen Ausgaben Erparnisse vorzunehmen. Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, daß bisher die dauernde Erregung der mittelfristigen Ausgaben durch die bürgerlichen Parteien als unabweisbar und unabänderlich angesehen wurde. Vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 sind deshalb die mittelfristigen Ausgaben unaufrichtig gestiegen und zwar von 457 Millionen im Jahre 1927 auf 726 Millionen im Jahre 1928. Nach dem Vorschlage der Reichsregierung und des Reichsraats ist im neuen Haushalt zum ersten Mal eine Senkung von 80 Millionen eintreten, die die Sozialdemokratie als nicht genügend ansieht. Demokraten und Zentrum haben ebenfalls darüber hinausgehende Abträge verlangt. Und da anzunehmen ist, daß auch die bürgerliche Volkspartei denselben Weg gehen will, so besteht die begründete Aussicht, daß der politische Widerstand gegen die Kürzung der Ausgaben für Reichswehr und Marine überwinden werden kann.

Aber auch an anderen Stellen muß geklärt werden, wenn die Steuerpläne der Reichsregierung entscheidend verändert werden sollen. Trotz aller Aufforderung hat zwar die Deutsche Volkspartei nicht gesagt, wo und wie sie zu Erparnissen in Höhe von 200 Millionen Mark gelangen will. Aber da sie gleichzeitig ihre eigenen Forderungen nicht mehr als „Bedingungen“, sondern nur als „Ziel“ bezeichnete und den ultimativen Charakter schroff bestritt, so läßt sich die Möglichkeit zu einem Frontwechsel noch offen. Man weiß ja auch, daß gewichtige Stimmen in der Deutschen Volkspartei längst eingesehen haben, daß die beantragten hohen Kürzungen an den Steueranteilen der Länder und Gemeinden ebenso wenig durchzuführen sind wie die Besteuerung der öffentlichen Unternehmungen. Dann aber sind Steuererhöhungen unvermeidbar, und der Kampf geht nicht mehr um die Frage, ob Steuererhöhungen, sondern vielmehr um die Frage, welche Steuererhöhungen.

Das ist aber auch zugleich der Kernpunkt für die politische Entscheidung, mit welcher Mehrheit der neue Etat verabschiedet werden soll. Diese Frage muß bald geklärt werden. Sie kann nicht am Ende der Etatberatungen stehen, sondern muß ihnen vorangehen. Mit wechselnden Mehrheiten, das hat das außerhalb der Regierung stehende Zentrum deutlich erklärt, läßt sich dieser Etat nicht unter Dach und Fach bringen. Hilfsleistung solcher Art mit dem Zentrum nicht leisten. Man wird ihm diese Absicht nicht verzeihen können, obwohl es wünschenswert wäre, das das Zentrum, das sich in wichtigen Finanz- und steuerpolitischen Fragen in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie befindet, sich nicht außerhalb der Regierung festlegen würde. Es darf sich deshalb, wenn die Reichsregierung neuerdings Verhandlungen